

DAS REVOLUTIONÄRE KLEINFORMAT — alle 14 Tage aktuell

# TATblatt

Projekt  
Zweitageszeitung  
minus 80 nummer

(19/89)  
28. November 1989  
Preis: öS 10. —

## Freiheit für El Salvador!

### Großoffensive der FMLN seit 11.11.1989

(TATblatt-Wien)

Am 11.11.89 begann die salvadorianische Guerilla FMLN (Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional) eine Großoffensive im ganzen Land. Die Ursachen sind die gescheiterten Verhandlungen zwischen VertreterInnen der Regierung und der FMLN vom September und Oktober

1989 und ein am 31. Oktober auf ein Gewerkschaftshaus verübter Bombenanschlag, bei dem 10 Menschen ums Leben kamen. Dieser bewaffnete Vorstoß als Reaktion der FMLN ist jedoch nicht als Endoffensive zu verstehen, sondern die FMLN will die Regierung zu Verhandlungen und Eingehen auf Forderungen zwingen. Diese Forderungen sind die sofortige Einstellung der staatlichen Repression, die Verurteilung der Mörder von Erzbischof Oscar Arnulfo Romero und aller anderen

Mitglieder der Todesschwadronen, sowie militärische Garantien zur Sicherstellung eines Waffenstillstandes. Erst nach Erfüllung dieser Forderung ist die FMLN bereit, den bewaffneten Kampf einzustellen.

*Auf den Seiten 10 bis 14 bringen wir eine Chronologie der Großoffensive, ein Interview mit dem FMLN-Verhandlungsleiter Joaquin Villalobos, daß die Situation nach den gescheiterten Verhandlungen gut wiedergibt und Auszüge aus einem Bericht von Ricardo Rivera (Sprecher der FMLN in Bonn)*

*Straßensperre der FMLN im März 85; Foto: Ralf Leonhard*



### »Die Schlacht am Linzer Hauptplatz« (Zitat Richter P. Neumann)

(TATblatt-Linz)

17.11.1989, 10.30 Uhr, Linzer Landesgericht, 2. Stock, Verhandlungssaal 239.

Drei Angeklagte, ein Rechtsanwalt und ca. 15 Freaks lungerten in den grauen Gängen des Bürokratenlabyrinths. Im viel zu kleinen Gerichtssaal (eine Bank für fünf Personen) warteten der Richter Neumann — zu erkennen am Schuß auf der linken Wange —, Staatsanwalt Reisinger —

schaute aus, als könnte er nicht bis drei zählen (optische Täuschung) — und der sympathisierende Rechtsanwalt auf die drei Linzer AnarchoterroristInnen Beate, Freddi und Reini. Die Anklage lautete im wesentlichen auf Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchte schwere Körperverletzung. Doch wie kam es dazu?

*Fortsetzung auf Seite 2*

### Außerdem:

**Uni-Politik:  
Eindritteluniversität für  
Zweidrittelgesellschaft?**  
*Seite 4*

**Gemeinsam gegen die  
»Grauen Wölfe«  
Demonstration am  
15. 12. 1989 — 16 Uhr  
Treffpunkt:  
Wien Südbahnhof**

*Demoaufruf Seite 6*

**DDR:  
»...Sozialismus der De-  
mokratie und Freiheit an-  
streben«**  
*die »Initiative für eine Vereinigte  
Linke« in der DDR auf Seite 14*

**Neues AusländerInnen-  
gesetz in der BRD?**  
*Seite 15*

**Der Fahrradausflug des  
Mathias N.**  
*Folge 5 des TATblatt-  
Fortsetzungskrimis auf Seite 18*

**u.v.a.**

*Impressum auf Seite 24*

## Fortsetzung der Schlacht

(Von Seite 1, respektive dem Linzer Hauptplatz)

(TATblatt-Linz)

Es begann am 24.8.1989, 21.05 Uhr:

Der anarchobekannt Polizist Max forderte eine etwa zehnköpfige, am Hauptplatz sitzende asoziale Gruppe auf, durch Säubern und gleichzeitiges (!) Verlassen der Linzer TouristInnenattraktion, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Dabei fiel ihm der "amtsbekannte Suchtgiftler" (Original Polizeiprotokoll) Rainer auf, den er sogleich am nächsten Revier körpervisitieren wollte. Beate lief den beiden nach, um Rainer vom Mitgehen abzuraten, was allerdings großen Zorn bei Max hervorrief. Das Wettzerren um Rainer endete mit einem tätlichen Angriff von Max. Er, Max SLEUDERTE PEATE ZU PÖDEN, um sich letztendlich auf ihrem Rücken niederzulassen. Am Bauch liegend versuchte Beate laut Max, ihm die Dienstwaffe zu ziehen. So mußte er ihr, um seine eigene Sicherheit zu wahren, gleich zwei Paar Handschellen anlegen. Dabei riß Max Beates Sehne im Oberarm ab.

Währenddessen erschien die ersuchte Hilfe in Form von MEK 1 (Mobiles Einsatzkommando), um ihm mit Tat ohne Rat zu unterstützen. Die beiden Polizisten erfaßten in sekundenschnelle die verworrene Situation und warfen sich auf die am nächsten stehenden BIERTRINKER: Freddi und Reini. So konnten die Polizisten die lebensgefährlichen Angriffe auf den armen Max im letzten Moment vereiteln. Glücklicherweise transportierten die mutigen Freunde die drei Gewalttäter in die Polizeidirektion Nietzschestraße. Nach genauer Kontrolle wurden sie im Gefangenenhaus abgegeben — achtzehn Stunden später entlassen.

Im Verhandlungssaal bestätigten sich die Machtverhältnisse. Aus den widersprüchlichen Aussagen der Polizeibeamten schaffte es der Staatsanwalt unter der Patenschaft des RECHTSsprechenden

Richters Neumann (Alfred E. ?), einen eindeutigen Tatbestand zu konstruieren. Diese zwei zeichneten sich auch durch penetrante Ignoranz des Rechtsanwaltes aus. Der Zeuge Rainer wurde mehrmals mit Verleumdungsklagen bedroht, weil er es wagte das Geschehen anders als die Bullen wahrgenommen zu haben. Für die Verurteilten wurden folgende Tatsachen als erschwerend genannt: Überkleben von SPÖ-Wahlplakaten, Blockadenbau in Wackersdorf, sowie unerlaubtes Fernbleiben vom Bundesheer. Die Anwesenheit des Umfelds der Hinzurichtenden nutzte der Staatsanwalt zur Begründung einer generalpräventiven Maßnahme und forderte ein Abschreckungsurteil für staatsfeindliche Subjekte. Dem ganzen Schauspiel setzte Richter Neumann den Gipfel auf. Er

ging über das vom Staatsanwalt geforderte Strafausmaß hinaus:

Beate 4 Monate unbedingt  
Freddi 2 Monate unbedingt  
Reini 1 Monat bedingt

Der Richter kommentierte sein Urteil: "Damit in Linz nicht solche Zustände eintreten, wie in einigen Städten Westdeutschlands."

Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits einige verhalten "du blede sau du blede" flüsternde ZuhörerInnen die Bühne verlassen.

Gegen das Urteil wurde von Seiten der drei Angeklagten Berufung eingelegt.

Nachtrag: Am nächsten Tag trafen einige Max, der glaubte, in einem Gespräch menschliche Züge annehmen zu können, was ihm ganz gut mißlang.

### Der Versuch einer objektiven Berichterstattung über die Aktivitäten der revolutionären Kommunistischen Partei

(TATblatt-Linz)

Die Kommunistische Jugend Linz wollte am 18.11 von 10.30 Uhr bis 14.00 Uhr das Haus Pfarrplatz Nr. 6 besetzen — nach Absprache mit dem Hauseigentümer sowie polizeilicher Anmeldung und Genehmigung. Lediglich es fehlte der Haustürschlüssel!

Die Versammlung vor dem Haus wurde nach dem Eintreffen zweier Bullen (u.a. Max, siehe hierzu "Die Schlacht am Linzer Hauptplatz") aufgelöst. Zuvor notierten sie die Adressen der Anwesenden, weil das Haus besprüht worden war.

## KURIOS ?

(TATblatt-Linz)

"Im Jahre 1986 hat der Gemeinderat (in der Alleinherrschaft der SPÖ; Anmerkung Tb-Linz) die Stadt Linz zur Friedensstadt erklärt und damit ein eindeutiges Zeichen gesetzt, in dem er sich zu friedlichem Miteinander sowohl im politischen als auch sozialen Bereich und zu Solidarität mit Unterdrückten und Minderprivilegierten bekannte."

1. Absatz der Broschüre zu den Linzer Friedenstag, verfaßt von Franz D., Bgm. zu Linz

no more comment

## EG & Transit-Prozeß: Thomas H. verurteilt

(TATblatt-Wien)

Bei der Ringstraßenblockade zum Thema "EG & Transit" in Wien am 09. Juni 1989 wurde Thomas H. festgenommen. Er soll einen Beamten gestoßen und sich dann auf ihn geworfen haben. Die Anklage lautete auf "schwere Körperverletzung" und "Widerstand gegen die Staatsgewalt".

Bei der Verhandlung am vorigen Montag (20. November 89) wurde ein Foto vorgelegt, das zeigt, daß Thomas schon längst auf dem Straßenpflaster lag, als der Beamte noch aufrecht und mit beiden

Beinen fest am Boden der Realität gestanden ist. Ob der Polizist jemals zu Fall gekommen ist, ließ sich nicht klären. Doch selbst, falls er im Zuge des Sturzes von Thomas niedergerissen worden wäre, könnte dies, so die Verteidigung, nicht als feindseliger oder gewalttätiger Akt — daher nicht als Widerstand gegen die Staatsgewalt — gesehen werden.

Doch das Foto allein bezeugte dem Gericht zu wenig — Thomas wurde zu 100 Tagessätzen zu je 50 ÖS oder, bei Nichteinbringung, 50 Tagen Haft verurteilt.

**EINIGE DETAILS:**

Die "Prellung des Handgelenks" (lt. Amtsarzt) des Polizisten ist deshalb als **schwere Körperverletzung** zu werten, weil sie ein **Beamter** erlitt...

Ein Antrag auf neuerliche Ladung zweier Zeugen wurde von der Richterin mit der Begründung abgelehnt, daß die bisher gehörten Zeugen schon nichts zu sagen gehabt hätten (was bis auf eine Ausnahme leider stimmt)...

Die Verteidigung will in die nächste Instanz gehen.

## Kein Platz für die BOX in Ö-Brei

Donnerstag, 24.11.89, 15 Uhr: Wer es sich zu dieser Zeit wie gewöhnlich im Lehnstuhl bequem machte, oder auch gerade in der Straßenbahn oder am Arbeitsplatz einen Walkman in Betrieb nahm, hat sich erst einmal auf Sendersuche begeben. Doch vergeblich: im gesamten Äther war nichts zu finden, was der Musicbox auch nur im entferntesten nahekam.

(TATblatt-Wien)

Das, was man bei Ö3 hörte, war die Musicbox, die an diesem Tag nicht in ihrer gewohnten Form zur Ausstrahlung kam; und in Zukunft überhaupt eingestellt wird. Mittwoch wurde es ORF-intern verlautbart:

Das neue Programmschema hat für die Musicbox keinen Platz mehr.

Die Sendung am Donnerstag bot daraufhin seichte Supermarktmusik, kompromislose kommentarlose Berieselung der schlimmsten Sorte. Eine Vorwarnung?

### DAS NEUE SCHEMA UND SEINE URSACHEN

Bereits letzte Woche berichteten die Medien von einer Umfrage unter 300 (dreihundert) typischen (!) Ö3-HörerInnen, die Anlaß zur Besorgnis gab. Gerade

die Sendungen, die aus dem gewohnten Bedudelungsrahmen fielen (Kopfhörer, Nachtexpress, Musicbox,...), schnitten bei dieser Untersuchung extrem schlecht ab. Wobei festzuhalten ist, daß die Untersuchung explizit nicht HörerInnen einschloß, die zum Beispiel normalerweise Ö1 hören und extra zu speziellen Sendungen auf Ö3 wechseln, oder überhaupt nur ausgewählte Sendungen konsumieren.

Mitte der Woche wurden dann den freien und unfreien MitarbeiterInnen die Konsequenzen der umstrittenen Studie vorgestellt: Die Musicbox wird es nicht mehr geben. Einziger Ersatz wird eine Sendung um 22 Uhr sein (derzeit "Gedanken"), wobei diese (neue) Sendung auf Musik beschränkt bleiben soll - eine Art Musicbox-Tonjournal also. Der Nachmittag ist dann frei für eine sogenannte "große Fläche", eine einzige Sendung mit kurzen

Beiträgen, etwa wie Weekend. "Gedanken" und "Musik zum Träumen" verschmelzen übrigens zu einer Sendung nach 23 Uhr.

Ähnlichen Veränderungen wie der Musicbox werden natürlich auch die anderen genannten Sendungen unterliegen.

*"Hier werden nicht Entscheidungen getroffen, weil es die Umstände erfordern, — etwa die Entstehung privater Sender — sondern, weil verschiedene Leute oder Gruppen ihren Einflußbereich vergrößern wollen",* stellt ein freier Mitarbeiter der BOX fest und führt als Beispiel "Freizeichen" an: *"Diese Sendung war eine der erfolgreichen; sie wird jetzt auf eine halbe Stunde gekürzt, die Anrufe werden in Zukunft am Vormittag aufgenommen; der/die ModeratorIn spricht dann zu Mittag mit einem Tonband so als wäre es live".*

Und was jetzt? Die Absetzung der Musicbox scheint fix zu sein. Es bleibt jedoch zu hoffen, daß der oben beschriebene kurze Protest am 24.11. nicht die einzige Tat bleiben wird, um die BOX zu erhalten. Notwendig wird es dazu sein, den Protest gemeinsam zu führen, von drinnen und draußen; wobei die geringen Möglichkeiten überhaupt demokratisch auf eine Institution wie den ORF einwirken zu können,...

Sobald TATblatt erfährt, was sich tut oder getan werden kann, folgen weitere Informationen. Sonst heißt es geduldig auf den Kultursender Ö4 zu warten (ca. 2 Jahre).

## Widerstand gegen IWF: Freispruch für Gregor

(TATblatt-Wien)

Am 21.11. stand Gregor T. wegen »Widerstands gegen die Staatsgewalt« vor Gericht, da er im Rahmen der Anti-IWF-Demo im Frühling dieses Jahres festgenommen worden ist.

Ein polizeilicher Zeuge war zu der Ver-

handlung nicht erschienen, der zweite konnte sich an nichts mehr erinnern, und der dritte sagte etwas ganz anderes, als im Akt steht.

Das überraschende Ergebnis: Freispruch.

## Neues von der »Pyhrn«

(TATblatt-Wien)

Bei der "Grundkaufaktion zum Schutz der Bauern" (siehe TATblatt -82) stößt die KäuferInnengemeinschaft auf bürokratischen Widerstand: Der Vertrag ist rechtsgültig unterzeichnet, es fehlt aber noch die Eintragung ins Grundbuch durch die Grundverkehrskommission (GVK). Auf Druck der Steiermärkischen Landesregierung und des Gemeinderates wurden die GVK-Sitzung verlagt, gleichzeitig fanden vorgezogene Enteignungsverhandlungen am betreffenden Grundstück statt. Zu dieser Verhandlung hätte auch die KäuferInnengemeinschaft geladen werden

müssen, was aber nicht geschehen ist. Auch der Enteignungsbescheid wurde nur dem ehemaligen Besitzer zugestellt.

Laut Enteignungsgesetz muß die Behörde auf jeden Fall eine einvernehmliche Lösung (Ablöse) anstreben. Trotzdem wurde der ehemalige Besitzer schon an Tag nach der ersten Verhandlung enteignet.

Aus diesen Gründen wurde von der KäuferInnengemeinschaft und vom ehemaligen Besitzer Berufung bei der Steiermärkischen Landesregierung bzw beim Bundesministerium f. wirtschaftliche Angelegenheiten eingebracht.

Die Versuche, Bauern und Bäuerinnen zu erpressen, ihre Grundstücke ohne Widerstand abzugeben, gehen weiter: Für eine "freiwillige" Ablöse wurden dem Bauern Hubert Konrad vom Schoberpaß (Stmk.) 1,7 Mio Schilling geboten, bei der Zwangsenteignung durch Landeshauptmann Krainer erhielt er für die selben Gründe nur noch 1,1 Mio ÖS. — Konrad legte Berufung ein und war erfolgreich: Minister Schüssel wagte es nicht, die rechtswidrige Enteignung zu bestätigen, hob den Bescheid auf und verwies das Verfahren wieder an die erste Instanz (Landeshauptmann Krainer!).

# Eindritteluniversität für Zweidrittelgesellschaft?

(TATblatt-Wien)

Gegen die Mißstände und laufende Verschlechterung an den Unis (siehe Kästen) formiert sich weiter Widerstand. Nach einem bundesweiten AktivistInnenplenum soll jetzt für einen Aktionstag am 5. Dezember mobilisiert werden, um eine breitere Teilnahme zu erreichen. Information auch abseits der Unis ist vor allem deswegen notwendig, damit Busek und die Industriellenvereinigung eine Privatisierung der Unis nicht als budgetschonende "sanfte Sanierung" verkaufen können. Erste Testballons in diese Richtung wurden bereits gestartet, wie zum Beispiel die Äußerungen Buseks zu einem Kautionsssystem für Studierende.

## Supermarkt Uni

Die Novellierungsvorschläge des Ministeriums zu UOG<sup>1</sup> und AHStG<sup>2</sup> liegen auf dem Tisch; die Richtung, die die Unis nach den Vorstellungen von Busek & Co. nehmen sollen, ist offensichtlich: Aus der klassischen autonomen Universität, die zumindest den Anspruch erhebt, in ihrer Wissenschaft und Lehre frei zu sein, wird ein Selbstbedienungsladen für die Industrie und Konzerne. Sie werden eingeladen, sich die hochqualifizierten Rosinen aus dem sonst ranzigen Kuchen "Massenuniversität" zu holen.

### BUSEK'S ERSTER STREICH: DIE AHSTG-NOVELLE

Die geplante Novelle steht, wie auch aus den Erläuterungen selbst hervorgeht, nur eine Vorstufe zur Etablierung von Privatuniversitäten dar.

*Studien an außeruniversitären wissenschaftlichen Bildungseinrichtungen mit Sitz in Österreich können durch Bescheid des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf bestimmte Zeit als ordentliche Studien, Lehrgänge und Kurse mit universitärem Charakter anerkannt werden.*<sup>3</sup>

Als Voraussetzungen dafür gelten, daß die Lehre überwiegend von Personen mit Lehrbefugnis getragen und die Finanzierbarkeit des Studienbetriebs "glaubhaft gemacht" wird; außer dem muß das Studium inhaltlich und formal (Studienausmaß, Dauer, etc.) zur Gänze oder zum Teil einer an der Uni eingerichteten Studienrichtung entsprechen, oder trotz inhaltlicher Abweichung für die Erreichung der anzustrebenden Studienziele geeignet erscheinen<sup>4</sup>. Der dafür verliehene Ab-

schluß ist einem regulären Hochschulabschluß gleichwertig.

### TRADITIONELLE UNIVERSITÄREN WERDEN BILDUNGSSTÄTTEN ZWEITER KLASSE

Qualifizierte Lehrende werden zum größten Teil an die besser zahlenden außeruniversitären Einrichtungen abwandern; zu diesen wird der Zugang — allein schon aufgrund allfälliger Studiengebühren — beschränkt sein. Entsprechend werden die AbsolventInnen dieser privaten Bildungseinrichtungen wesentlich bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt haben.

Die außeruniversitären Bildungseinrichtungen für LehramtsstudentInnen dezidiert nicht offen sein<sup>5</sup> — die Unis werden zu einer neuen Art Pädagogischer Akademien, die Lehramtsstudien werden weiter abgewertet.

### DIE UOG-NOVELLE

*Interuniversitäre Zentren sind besondere Universitätseinrichtungen, an denen mehrere Universitäten beteiligt sind zum Zweck der Durchführung oder Unterstützung interuniversitärer wissenschaftlicher Forschung (...) insbesondere zur Durchführung und Unterstützung von Hochschulkursen und Hochschullehrgängen. (...) Im Forschungsbereich kommt die Zusammenarbeit mit anderen Rechtsträgern in Betracht*<sup>6</sup>.

Buseks zweiter Streich ist also die Ermöglichung der Einrichtung von interuniversitären Zentren, die in Zusammenarbeit mit Unternehmen ("andere Rechtsträger") geplant und geführt werden können. Zudem ist auch ihre Einbindung in die Verwaltung der Zentren geplant, entscheidender Einfluß auf die Gestaltung der Forschungsinhalte und die Verwertung der Ergebnisse gegeben.

Studierende werden mehr oder minder gratis zu Auftragsarbeiten herangezogen und vertraglich zur Geheimhaltung ihrer Forschungsergebnisse verpflichtet. Die Ergebnisse stehen dann den "StifterInnen" zur ausschließlichen Nutzung zur Verfügung.

## Kein Cash für feministische Forschung? Der "Frauentopf"

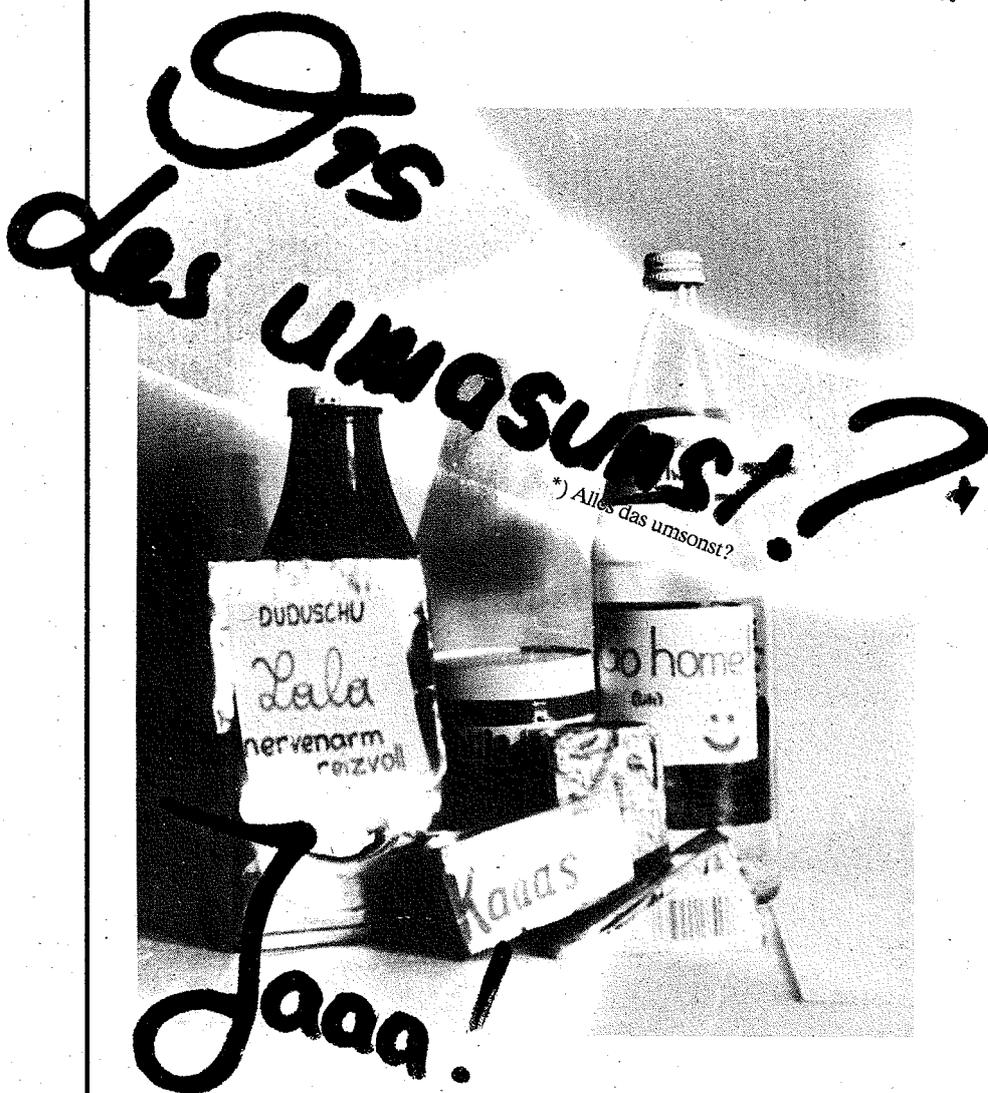
1982 wurde aus dem Uni-Budget ein Sonderkontingent für Frauenforschung eingerichtet, der sogenannte "Frauentopf". Die daraus finanzierbare Stundenanzahl pendelte sich auf 147 Wochenstunden pro Studienjahr für ganz Österreich ein — nicht einmal 1 Prozent der gesamten regulären Lehraufträge.

Folgerichtig ist der Finanzierungsrahmen mehr als eng. Welche Lehraufträge aus dem Topf finanziert werden, entscheidet eine Arbeitsgruppe, bestehend aus 35 Frauen, die von den einzelnen Universitäten entsendet werden. Diese stehen vor einem Konflikt: die Situation "Frau streicht Frau" widerstrebt ihnen. Die geplante Einschränkung auf einzelne Themengebiete (zB. Frau & Technologie) ist auch nur eine Scheinlösung; die Selektion findet dann eben im Kopf anstatt auf dem Papier statt. Trotzdem wird auf diesem Weg wenigstens verhindert, daß artfremde Lehrveranstaltungen, wie zB. die Gynäkologie (die die Stellung der Frauen in der Gesellschaft wohl mehr zementiert als verbessert), im Frauentopf landen.

Mittlerweile sollen aus dem Frauentopf auch nur mehr Wahl- und Freifächer finanziert werden. Bisner wurden Pflichtfächer — die auch aus dem regulären Budget finanziert werden müß(t)en — ebenfalls aus dem Topf bezahlt. Nachdem Pflichtfächer Vorrang bei der Vergabe haben, wurden auch letztes Jahr die Pflichtfächer ganz, die Wahl- und Freifächer nur zur Hälfte finanziert — beinahe die Hälfte wurde für Pflichtfächer vergeben. Das soll sich durch einen ministeriellen Erlaß ändern.

An der Uni Wien hat sich eine Frauenarbeitsgruppe gebildet, die sich gegen die finanzielle Austrocknung von feministischer Lehre und Forschung wehrt (Treffpunkt: jeden Mittwoch um 16.00, Fakultätsvertretung Geisteswissenschaften, Rooseveltplatz 5a). Mitte Dezember soll eine Hörerinnenversammlung stattfinden, am 12. Dezember eine Presseveranstaltung, wo Lehrende zu Thema Frauen Stellung nehmen

Wir die großen Supermarktketten sind immer um das Wohl unserer Kunden bemüht. Und so wissen wir das gutes Essen noch nie wichtiger war. Gesunde Ernährung bedeutet heutzutage möglichst wenig Gemüse und Milchprodukte zugunsten chemischer Substanzen. Das sind erfreuliche Nachrichten, für uns, für die Tiere, ja für die ganze Welt.



Noch nie war gutes Essen billiger. Seit mehreren Jahren haben wir, die großen Supermärkte, ein neues Konzept entwickelt das die Wahl des/der KonsumentIn erheblich erleichtert. Wir nennen es: SHOPPING WITHOUT MONEY! Die Idee dahinter ist einfach. Essen ist ein Recht und kein Privileg. Wir wissen, daß es umoralisch ist Millionen daran zu verdienen Essen zu verkaufen, während 3/4 der Welt hungern. Vor allem da jene, die Lebensmittel herstellen, verpacken, transportieren und verkaufen, gewöhnlich überarbeitet und unterbezahlt sind.

Unsere Antwort ist einfach, durch das SWM-Konzept nimmst Du Dir einfach was Du brauchst. Manche nennen vielleicht "shoplifting", wir bevorzugen es zu sagen, daß ihr euch zurücknehmt was euch gehört

Gutes Essen kostet in allen großen Supermärkten NICHTS.

Das SWM-Konzept, hat schon weltweite Verbreitung, beruft euch in allen großen Läden und Ketten darauf.

Das heißt: Die Uni forscht, stellt Wissen und Infrastruktur zur Verfügung, blecht kräftig mit, und der "Stifter" Privatwirtschaft casht ab.

Im Gegensatz zu den außeruniversitären Bildungseinrichtungen sind hier Mitbestimmungsmöglichkeiten der Kurien (StudentInnen, AssistentInnen und ProfessorInnen) vorgesehen. Dabei wird allerdings von der bisherigen drittelparitätischen (jede Kurie 1/3) bzw. viertelparitätischen (ProfessorInnen 2/4) Regelung abgegangen und zwei Gremien, ein "Kuratorium" und ein "Kollegium" institutionalisiert. In diesen Gremien sollen auch führende MitarbeiterInnen der Verwaltung (ZentrumsleiterIn, AbteilungsleiterInnen) und eventuell VertreterInnen *allfälliger mit dem interuniversitären Zentrum zusammenarbeitender Rechtsträger*<sup>7</sup> mitbestimmen. Die Funktionsperioden werden auf das Doppelte, nämlich

vier Jahre ausgedehnt.

#### DER DRITTE STREICH: RAUS MIT DEN ALTERNATIVEN LEHRINHALTEN

*Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung kann die Zahl der (...) zu erteilenden nicht remunerierten Lehraufträge (Kollegiengeld, siehe unten) nach Maßgabe der budgetären Mittel durch die Festsetzung von Pauschalbeträgen oder Stundenkontingenten begrenzen*<sup>8</sup>.

Schon bisher waren die remunerierten (vom Ministerium bewilligten und finanzierten) Lehraufträge auf so niedrigem Niveau kontingentierte, daß die Aufrechterhaltung des Pflichtlehreangebotes damit nicht gewährleistet werden konnte. Folglich wurde verstärkt auf die Kollegiengeldabgeltung (ca. die Hälfte eines remunerierten Lehrauftrages) zurückgegriffen.

Alternative Lehr- und Forschungsansätze (Arbeitsgemeinschaften, Wahlfä-

cher, etc.) wurden bisher fast ausschließlich über Kollegiengeld finanziert. Mit der Kontingentierung des "Kollegiengeldtopfes" wird nun auch die Möglichkeit zur Abgeltung der Stunden zu "Schleuderpreisen" weiter eingeschränkt. Unter Umständen sind davon sogar das Pflichtlehrangebot betroffen. Aber da werden eben Busek's Privatunis einspringen ...

#### Fußnoten:

- 1 UOG = Universitäts-Organisations-Gesetz
- 2 AHStG = Allgemeines Hochschulstudien-gesetz
- 3 AHStG Entwurf §40a, Abs. 1
- 4 AHStG Entwurf §40a, Abs. 2 lit. 7a,7b
- 5 AHStG Entwurf §40a, Abs. 14
- 6 UOG Entwurf §93a, Abs. 1
- 7 UOG Entwurf §93a, Abs. 5
- 8 UOG Entwurf §38, Abs. 8

# Gemeinsam gegen die »Grauen Wölfe« !

**Demonstration: 15.12.1989**

**Treffpunkt: 16 Uhr — Wien Südbahnhof**

(Demonstrationsaufruf)

Im Zuge der internationalen Veranstaltungsreihe der faschistischen "Grauen Wölfe" hielt die Auslandsorganisation der türkischen Nationalisten auch in Wien unter Duldung und Schutz der Polizei ihr jährliches "Heimat — Sehnsuchtsreffen" ab.

Die "Grauen Wölfe" sind eine nationalistische Partei. Vor 1980 war ihr Name "Nationale Bewegungspartei", heute nennen sie sich "Nationale Tätigkeitspartei".

Ihr Ziel ist die Türkisierung der ganzen Welt. Sie dulden keine Opposition gegen ihren großtürkischen Nationalismus, keine Verweltlichung der Politik, keine Abweichung von der "reinen Lehre des Islam", keine Meinungsfreiheit. JedeR, die/der sich zu einer der zahlreichen nationalen Minderheiten in der Türkei bekennt, jedeR die/der einer anderen bzw. keiner religiösen Tendenz angehört, ist ihr Feind und wird erbarmungslos angegriffen.

Schon vor der Machtergreifung der Militärs am 12. September 1980 dienten die "Grauen Wölfe" als Zivilstreitkräfte des Staates.

Bestreikte Betriebe, Streikende, antifaschistische Organisationsbestrebungen, RegimekritikerInnen, Oppositionelle, waren und sind immer wieder Zielscheibe ihres Terrors.

Quer durch die Türkei — in Kahraman, Maras, Corum, Malatya, Sivas... — massakrierten sie unter dem Deckmantel einer religiösen Auseinandersetzung in Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst "MIT", hunderte "Aleviten", Angehörige einer weniger rigorosen Richtung im Islam.

Das Papst-Attentat des "Grauen Wolfes" Mehmet Ali Agca zeigt, daß ihr religiöser Fanatismus nirgends auf der Welt nicht-islamisches duldet.

Vor dem Militärputsch überfielen sie Universitäten, die von fortschrittlichen StudentInnen besetzt waren. Bombenattentate auf die Wohnungen der fortschrittlichen StudentInnen, ihre Lokale und Kaffeehäuser gehörten zur Tagesordnung.

Nach dem faschistischen Militärputsch 1980 war das Verbot der MHP nur eine Augenauswischerei. Unter dem Namen

MCP (Nationale Tätigkeits Partei) wurde sie neu gegründet. Die Aufgabe dieser Partei ist nach wie vor, als Handlanger und Terrororganisation des faschistischen Staates im In- und Ausland aktiv zu sein.

Im Ausland sorgen sie immer wieder dafür, daß ein Kontakt bzw. eine Assimilierung der EmigrantInnen mit der einheimischen Bevölkerung verhindert wird. Andererseits nützen sie die Isolation ihrer Landsleute, um sie in "Sportvereinen", "Kulturvereinen", "Islamischen Zentren" hinter ihren reaktionären zu vergattern. Diese Einschüchterung wird immer wieder mit exemplarischen "Hinrichtungen" von ExponentInnen der Opposition im Ausland untermauert, was nicht heißen soll, daß weniger bekannte Oppositionelle ungeschoren bleiben.

Die nationalistischen "Grauen Wölfe" sind bekannt als die größten Rauschgift- und Waffenhändler in Zusammenarbeit mit der internationalen Mafia. Dennoch haben sie keine Probleme, sich zu organisieren, ihre Veranstaltungen abzuhalten und Unterstützung bei den Behörden zu erhalten.

Bis vor kurzem stellte ihnen die Gemeinde — einmal sogar der ÖGB — Säle zur Verfügung. Heuer erstmals waren sie auf den klassischen Tagungsort der Faschisten, das "Wimberger" angewiesen. Wie zu erwarten war, schützte die Polizei ihr Treiben.

Das ist auch kein Wunder, weil das österreichische Kapital doppelt von ihnen profitiert.

Einerseits sorgen die "Grauen Wölfe" dafür, daß in der Türkei der Widerstand gegen die brutale Ausbeutung und Unterdrückung behindert wird. Grund genug für die Herrschenden in Österreich, sich zu freuen, daß ihre Investitionen in der Türkei ungehemmt Früchte tragen können.

Andererseits vertiefen sie die Spaltung zwischen österreichischen und ausländischen ArbeiterInnen indem sie danach trachten, immer größere Teile der türkischen Arbeitsemigranten unter ihre Fittiche zu kriegen und sie gegen ihre österreichischen Kollegen zu mobilisieren. So verhindern sie einen wirksamen Kampf gegen die miesen Arbeits- und Lebensbedingungen in Österreich — das gilt natürlich für

alle Länder, wo sie ihr Unwesen treiben ...

\* Verhindern wir die Umtriebe des faschistischen Packs — gleich welchen Nationalismus sie auf ihre Fahnen geheftet haben!!

\* Gegen die imperialistischen Interessen Österreichs in der Türkei!

\* Österreichische und ausländische ArbeiterInnen — ein Kampf!

Jüngstes Beispiel für den Terror der "Grauen Wölfe" in Wien war ein Überfall auf Flugblattverteiler, die für eine antifaschistische Veranstaltung warben. Im von "Grauen Wölfe" gerne besuchten Cafe Uzay (10. Bezirk, Ecke Siccardburggasse/Pernersdorfgasse) sperrte der Wirt die Türe zu. Nachdem er überprüft hatte, daß sie allein waren, zückte er die Pistole und forderte die ungefähr 30 "Kaffeehausgäste" auf zuzuschlagen. Mit Messern und Schlagstöcken gingen sie auf die Leute los. Glücklicherweise wandten sich die Verletzten, verprügelten Flugblattverteiler an die Polizei und erstatteten Anzeige. Wie das Resultat zeigt, hätten sie das lieber nicht tun sollen, weil sich ihr Vertrauen in die österreichische Demokratie gegen sie gewandt hat: Sie kamen in Untersuchungshaft und saßen dort bis 15.11.. Die Anklage — Verdacht auf schwere Körperverletzung — ist weiterhin aufrecht!

\* Sofortige Einstellung der Verfahren gegen die zwei Antifaschisten!

\* Schluß mit dem Terror der "Grauen Wölfe"!

\* Spenden für die Verteidigung der beiden Opfer der Zusammenarbeit zwischen österreichischer Klassenjustiz und faschistischen Banden!

Unterstützt wird dieser Demonstrationsaufruf von folgenden Gruppierungen: Ägidi/Spalo, ATIGF, D.Partizan, DEV-GENC, HKD, IGARA, Infoladen, KIB, Klassenkrieg, KSV, MLSP-B, PARTIZAN, Revolutionäre ArbeiterInnen a.d. Türkei-NK, Rotstiltchen, Studenten- und Jugendverein a.d. Türkei, TATblatt

Am 5.12. findet im Lokal der ATIGF (Münzwardeingasse 5, 1060 Wien) ab 16 Uhr eine Podiumsdiskussion über die "Grauen Wölfe" statt.

# My home is my castle

## Gegen jede Verschlechterung des Mietrechtsgesetzes (MRG)...

lautete das Motto der diesjährigen Generalversammlung der Mieter-Interessens-Gemeinschaft (MIG) Österreichs am 11. Nov. in Oberwart. Zentralen Punkt der Veranstaltung stellte die Diskussion der geplanten Mietrechtsnovelle dar, aus der Kritik an derselben und eine Reihe von Erweiterungs-/Ergänzungsvorschlägen erwachsen.

(TATblatt-Wien)

Im allgemeinen Teil kritisiert die MIG: der soziale Wohnbau sei praktisch zum Stillstand gekommen, die Richtung der Mietpolitik geht eindeutig in Richtung freier Markt. Die in der vorliegenden Form geplante Novelle des MRG trage dazu vor allem durch die "Verlängerungstendenzen" bei, die "de facto eine mögliche Aufhebung der Kategoriezinse beinhaltet".

Der §16, der die Bestimmungen zur Verlängerung der Mietzinsbefugnisse enthält, ermögliche eine weitere Verteuerung der Mietzinse, auch könnten durch die neuen Bestimmungen Kategoriezinse umgangen, und Kategorien (auch B und C!) sogar abgeschafft werden. Die MIG stimmt zwar einer angemessenen (?) Ver-

einbarung des Mietzinses zu, jedoch sollte eine Obergrenze eingeführt werden, die sich mit dem "2 bis 3-fachen des Mietzinses für Kategorie A" auch nicht gerade sehr sozial ausnimmt.

Weiters soll die Mietzinsherabsetzung im Außerstreitverfahren durchsetzbar sein, wenn es sich um gravierende Mängel (Nässe, kein Gas,...) am Mietobjekt handelt, fordert die MIG.

Um uneingeschränkte Mietzinserhöhungen hintanzuhalten, sollten weiters nur jene Kosten auf die Mieter übertragen werden dürfen, die bei Inanspruchnahme der günstigsten Förderungsmöglichkeiten entstehen würden (§18).

Kritisiert wird die Größenbeschränkung bezüglich der Einstufung in eine Kategorie, auch für Kategorie-A-Wohnungen

sollte bei Neuvermietung eine Obergrenze gelten. (§16)

Gefordert wird die Gleichstellung von LebensgefährtenInnen (auch gleichgeschlechtliche) und EhegattInnen. (§12)

Eine Besserung der Wohn- und Mietzinssituation stellt die MIG nicht in Aussicht. Dafür weist sie umso mehr auf die Folgen von Vernachlässigung des sozialen Wohnbaus und freie Mietzinsbildung z.B. in der BRD hin. Dort hat der "freie Wohnungsmarkt" inzwischen zu unerschwinglichen Mieten und Wohnungsnot geführt. Diese prekäre Situation wird mittlerweile schon als Begründung für die Wahlerfolge der Republikaner angeführt.

Wollen wir hoffen, daß es in Österreich nicht so weit kommt. Allerdings wird vom Hoffen allein auch nicht viel passieren...

## 22. Feber: Opernball '90

### Aufruf zur Einmischung in die Vorbereitung des Aufrufs zu einer illegalen Handlung



Am 22. Feber ist es also schon wieder einmal soweit: Der alljährliche Höhepunkt der Demosaison. Der Opernball wird uns wieder zu Tausenden auf die Staatsoper zutreiben, wobei die meisten sich wieder einmal so richtig unklar sein werden, was sie dort dann eigentlich machen wollen, und wozu überhaupt das Ganze, und wenn ja, wie? Und wenn wir dann wieder einmal so richtig verdroschen worden sind, werden wir wieder einmal Staat und Kapital als Böse, die Polizei als deren

Handlanger entlarven und Fehler in unserem taktischen Vorgehen, wie in der Einschätzung der Dinge entdecken. Um aus diesem Dilemma rauszukommen, und weil wir die Opernballdemo (sagen wir mal, aus welchem Grund auch immer), nunmal für doch sehr wichtig halten, haben wir uns gedacht, daß sowohl inhaltliche, wie auch taktische Vorbereitung öffentlich geführt werden müssen...

Wir wollen im nächsten TATblatt alle rechtzeitig erscheinenden Stellungnahmen, Diskussionspapiere etc abdrucken, und im TATblatt darauf Platz bieten, darauf einzugehen, Gedanken weiterzudenken und zu diskutieren usw...

Um schließlich im Feber von der erfolgreichsten und lustigsten Opernballdemo von überhaupt ausführlich berichten zu können.

Einsendeschluß (es gilt nicht das Datum des Poststempels, weil uns der absolut nicht weiterhilft, sondern zu diesem Tag muß es bei uns am Tisch liegen):

**6. Dezember 1989** (allerspätestens! Erscheinungsgarantie im Falle irrwitzig vieler Einsendungen nur bis 5. Dezember)

## »Es hilft nichts, sich in die Position der Ohnmacht zu begeben«

### Interview mit der Rechtsberaterin der Grünalternativen im Steirischen Landtag, Brigitte M.-Scherbler

(TATblatt-Graz)

**TATblatt:** Die Grünalternativen im Landtag stellten heute eine Anfrage zu den Kindesmißhandlungen im LSKH. Welche Chancen hat eine Einfrau-Fraktion, wirksame Arbeit im Landtag zu leisten?

**Scherbler:** Worum es geht, ist nicht unbedingt die Annahme unseres Antrages durch den Landtag, sondern darum, daß zum öffentlichen Druck, den der Verein SORG jetzt erzeugt, auf parlamentarischer Seite noch etwas dazu kommt.

Bei vielen von uns thematisierten Bereichen ziehen die anderen Parteien indirekt nach, indem sie diese modifiziert angreifen und sagen, "wir tun eh etwas" und tun zumindest kosmetisch etwas.

**TATblatt:** Das klingt jetzt reichlich negativ: Die Grünalternativen bringen die gesellschaftlich relevanten Themen zur Sprache und sind dann im Prinzip nur die Trendsetter dafür, wie die Frisur neu gestylt wird.

**Scherbler:** Zum Teil ist das so - die Landtagsarbeit hat Vor- und Nachteile. Sie hat den Vorteil, daß Themen, die bislang tabuisiert werden und in diesem Gremium nie besprochen worden wären, öffentlich werden und somit die Möglichkeit eines Feedbacks mit den Betroffenen geschaffen wird.

Es wäre allerdings Illusion, zu glauben, wir greifen wichtige Sachen auf und werden alles durchsetzen. Unsere Aufgabe ist es, zu schauen, daß eben nicht nur die Haare gefärbt werden.

Ein Beispiel ist die Landesfrauenbeauftragte des Landes: Wir werden jeden Punkt, den wir gefordert haben, einfordern. So, wie diese Institution eingerichtet worden ist, ist diese Frau zur Paralyse verurteilt, ist es eine Alibihandlung der Landesregierung.

Wir werden uns des Mittels der Frauenbeauftragten bedienen und sagen, das und das wollen wir als frauenpolitisch Aktive haben, dann wird sich zeigen, inwiefern diese neue Landeseinrichtung nur ein Lippenbekenntnis der Landesregierung ist.

**TATblatt:** Zeigt sich am Beispiel der Frauenbeauftragten nicht, daß die Alternative Arbeit im Landtag kontraproduktiv ist? Es wird eine gute Idee gebracht und von der Regierung dann als Abschwächungseinrichtung "verwirklicht"?

**Scherbler:** Das kann durchaus die Absicht der Regierung sein. Unsere Aufgabe ist es, die Frauenbeauftragte immer wieder zur Rechenschaft zu ziehen.

**TATblatt:** In der vorletzten Landtags-sitzung forderten die Grünalternativen ja auch Frauenbeauftragte in den Gemeinden.

**Scherbler:** Wir wollen in allen Bezirkshauptstädten obligatorisch und allen anderen fakultativ eine Frauenbeauftragte. Wir fordern Parteistellung in allen frauenrelevanten kommunalpolitischen Anliegen und Bereichen (Raumordnung,...), umfassendes Informationsrecht, Recht auf eigene Öffentlichkeitsarbeit, Unterstützungsrecht bei Fraueninitiativen (Notruf), Einblick in Postenvergabe der Gemeinde.

Wir fordern in einem anderen Antrag die bevorzugte Einstellung von Frauen in den Landesdienst bei gleicher Qualifikation.

**TATblatt:** Hier muß ich einen eher unangenehmen Schwenk machen, und zwar in die Karten der Grünalternativen schauen. Abgesehen von der Steiermark, wo das einzige Landtagsmandat mit einer Frau besetzt ist, sind ja die Forderungen der Grünalternativen in den eigenen Reihen ganz und gar nicht erfüllt. Im Parlament wird in Kürze wieder nur eine einzige Frau sitzen, die Männer dominieren das Erscheinen der Parlamentsfraktion fast 100prozentig.

**Scherbler:** Das ist richtig. Es schaut auf Bundesebene ganz schlecht aus, es bleibt wieder nur eine Frau im Parlament, die im Gegensatz zu Meissner-Blau, die immerhin noch Klubobfrau war, noch weniger Kompetenzen hat. Wir in der Steiermark versuchen eine eigene Frauenresolution an alle anderen Länder zu bringen, die sagt, daß interne Vereinbarungen dann nicht gelten, wenn sie fähig sind, die Frauenparität zu eliminieren, d.h. im Zweifel für die Frauen. In der Steiermark sieht das Verhältnis ja gut aus: Im Grazer Gemeinderat sind beide Mandate mit Frauen besetzt, ebenso im Landtag das eine.

**TATblatt:** Wie wird es nun konkret bei der KandidatInnenliste fürs Parlament ausschauen?

**Scherbler:** Die Auflistung ist noch nicht endgültig beschlossen. Wir in der Steiermark sind sehr federführend in der alternativen Frauenpolitik, d.h. wir haben auch für andere Landesparteien viel Vorarbeit ge-

leistet und zum Teil auch auf Bundesebene. Ich kann jedoch nicht sagen, wie's bundesweit ausschauen wird, es ist auch noch nicht klar, wer in der Steiermark kandidieren wird.

**TATblatt:** Erinnert das nicht an die Entwicklung der Sozialdemokratie: Zuerst gibt es die schönen Ideale von z.B. Frauenpolitik und Basisdemokratie, wenn mensch dann mit der Macht in den Institutionen in Berührung kommt, schauts plötzlich ganz anders aus - die ursprünglichen Forderungen werden selbst in den eigenen Reihen wegkorrumpiert?

**Scherbler:** Auch die Grünalternativen müssen mit der Macht umgehen lernen und einsehen, daß niemand als solcheR unersetzbar ist. Als korrumpierbar würde ich das nicht bezeichnen. Es ist eine laufende Diskussion in der Grünalternativen Bewegung, außerparlamentarische und Gremienarbeit abzuwägen.

Die Statuten beinhalten zum Teil die Regelung, daß einE AbgeordneteR nur für eine oder zwei Legislaturperioden das Mandat ausüben darf - die Gefahr einer Verfälschung ist also nicht so groß.

**TATblatt:** Mensch hat ja als ParlamentarierIn ungleiche Vorteile gegenüber jenen außerhalb, einerseits durch die Medienöffentlichkeit, andererseits scheinen sie so unersetzlich zu werden, daß nicht mehr darüber diskutiert wird, ob nicht wer andereR nachrücken sollte.

**Scherbler:** Da ist es Aufgabe der Bewegung, selbst als Korrektiv zu fungieren. Man/frau darf sich nicht der Illusion hingeben, daß diese Leute nie und nimmer ersetzt werden können. Es ist allerdings Aufgabe der eigenen Bewegung, die Leute auf den Boden der Realität zurückzuholen. Andererseits ist es gut, daß es Leute gibt, die rhetorisch gut sind, die die Inhalte vermitteln können, sich exponieren können; es ist wichtig, daß gute Themen aufgegriffen werden, sei es Lucona oder sonst etwas, nur sollte niemand glauben, daß die Leute dadurch für immer und ewig unersetzbar geworden sind.

**TATblatt:** Hältst Du das Rotationsprinzip für ein brauchbares Korrektiv?

**Scherbler:** Nicht während einer Legislaturperiode, aber durchaus die Beschränkung auf eine oder zwei Perioden.

Allerdings ist das allein nicht ausreichend. Man/frau muß während der Legislaturperiode einfordern, was man/frau will,

das ist jedoch nicht nur Aufgabe der Leute die drinnen sind, sondern besonders derer, die draußen sind. Es geht sehr um die Eigenverantwortlichkeit der Bewegung. Es hilft nichts, zu sagen, "die haben so viel Macht" und sich andererseits in die Position der Ohnmacht zu begeben; vielmehr wäre es notwendig, sich durch außerparlamentarische Arbeit und BürgerInneninitiativen zu artikulieren und das in die Parlamentsarbeit einfließen zu lassen.

Es darf nicht alles auf den/die Abgeordnete/n abgewälzt werden.

Wir haben alle nicht gelernt, andere Formen von Demokratie zu leben. Im Prinzip ist das die Chance, es anders auszuprobieren. Es wäre Illusion zu glauben, daß das sofort exekutierbar wäre.

**TATblatt:** Es ist doch eine große Gefahr für die Bewegung, in die Institution hineinzugehen. Durch die Arbeitsaufteilung auf repräsentierende Personen und Basis wird wieder der Reflex in uns provoziert, StellvertreterInnenendenken zu entwickeln.

**Scherbler:** Wir müssen uns überlegen, welche Ebenen wir abdecken wollen. Wenn wir uns für die Zweigleisigkeit, außerparlamentarisch und Gremienarbeit, entscheiden, dann muß es klar sein, was wir in einem Gremium und was wir außerhalb machen können. Das ist zugleich ein Vorwurf an die Basis, die geneigt ist, dann alles auf die gewählten VertreterInnen abzuschieben. Niemand kann beide Ebenen des politischen Handelns allein voll abdecken.

**TATblatt:** Ist es überhaupt möglich, eine Parlamentsfraktion basisdemokratisch zu gestalten? Ist das nicht ein Widerspruch in sich?

**Scherbler:** Das Parlament ist klarerweise repräsentativ-demokratisch.

**TATblatt:** Insofern ist der alternative Anspruch doch unerfüllbar.

**Scherbler:** Nicht unbedingt. Wenn wir die repräsentative Verfassung ändern wollen, muß eine solche Änderung über das repräsentative Organ (inklusive Volksabstimmung) getan werden. Wichtig ist, daß wir uns überlegen, was ist für uns Basisdemokratie? Ich glaube schon, daß es notwendig ist, die vorhandenen Instrumente zu verwenden. Wesentliche Entscheidungen werden in diesen Institutionen getroffen.

Hauptaufgabe der Grünalternativen im Parlament sind ja die Informationsbeschaffung und die Kontrollfunktion. Ich plädiere sehr wohl AUCH für die Gremienarbeit.

TATblatt-Graz-Interview: Kristov Schopper

## Wien: Dreht Zilk durch?

### So kann's doch bitte nicht weitergehen, oder?



Eine Zilk-Zelle wird amtlich versiegelt



Militante Telefonistinnen scheissen sich natürlich wieder nichts um die neue Bestimmung... oder...  
IST DAS GAR HELMUT ZILK???

(unbestätigte Meldungen) Wie aus gewöhnlich gut informierten Kreisen aus Post und Gemeinde Wien zu vernehmen war, sollen in Wien und in Zukunft ein beträchtlicher Teil der Fernsprechanhänge dem Stadtoberhaupt Helmut Zilk vorbehalten, dem gemeinen Volk jedoch vorenthalten werden. Zahlreiche Fernspechzellen (vom gemeinen Volk im Volksmund gemeinhin auch Telefonzellen genannt) wurden bereits gemeinerweise für die Allgemeinheit gesperrt. Diese Zellen tragen fortan den Hinweis »Diese Telefonzelle ist reserviert für Helmut Zilk«.

Ähnliche Maßnahmen wurden erst in allerjüngster Vergangenheit auch für Parkbänke durchgesetzt. Auf diesen ist bekanntlich das Liegen, Schlafen etc gestrenge untersagt. Da Bürgermeister Helmut Z. bisweilen aber doch auch gerne liegt, schläft, etc, wurden nun verschiedene Kategorien von Bänken geschaffen. Rechtzeitig zu Wintereinbruch erhielten in den letzten Tagen zahlreiche Parkbänke den Vermerk »Auf dieser Bank darf nur Helmut Zilk liegen«. Wahrscheinlich dem behördlichen Übereifer einiger schwarzer Schafe und Schäffinnen in der Wiener Stadtverwaltung ist es zu verdanken, daß im Rahmen dieser Schwerpunktsaktion auch ganze Geldinstitute — zumindestens kurzfristig — für Helmut Zilk reserviert wurden.

# Volksaufstand in El Salvador

(entnommen aus akin 32/89/a.m.); Quellen: anna, az, frankfurter rundschau, radio vinceremos, el-salvador-komitee wien))

Am 31.10. explodierte mitten in der Hauptstadt eine Autobombe mit hoher Sprengkraft vor dem Gewerkschaftsbüro von FENASTRAS (Gewerkschaftsverband, Mitglied des Dachverbandes UNTS) und tötete 10 Gewerkschafter/innen, die eben eine Versammlung ihres Exekutiv-ausschusses abhielten. Mehrere Personen wurden buchstäblich in Fetzen gerissen. Die Toten waren bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Das bekannteste Opfer ist die Gewerkschaftsführerin Febe Elisabeth Velásquez, die so schwere Hirnverletzungen erlitt, daß sie im Krankenhaus daran starb. Sie war übrigens Mitglied der kollektiven Führung der UNTS, die im vergangenen Jahr mit dem Bruno-Kreisky-Friedenspreis ausgezeichnet worden war.

Zahlreiche Menschen, die sich in der Nähe des Gewerkschaftslokales befanden, wurden verletzt. Das zweigeschoßige Gebäude stürzte teilweise ein.

Von den UNTS wird der Generalstab der Streitkräfte, sowie die La-Tandona-Gruppe des Militärs, die die Todesschwadronen anführen, für die Mordaktion verantwortlich gemacht.

Bereits um 2 Uhr früh desselben Tages war gegen den Treffpunkt der COM-ADRES (Mütter von politischen Gefangenen und Verschwundenen) ein Sprengkörper geworfen worden. Das Lokal wurde zerstört und vier Personen verletzt. Die Explosion war in allen Stadtteilen zu hören.

Es war dies bereits der dritte Anschlag gegen die Organisation seit Beginn dieses Jahres.—"Der einzige Umgang mit den Gewerkschaften ist das Kanonenfeuer!", so hatte noch in der Woche vorher ein hoher Exponent des Generalstabs der Streitkräfte verkündet.

Der Generalstab, die Faschistenpartei ARENA und die Gruppe Tandona sowie die Todesschwadronen sind die Hauptpfeiler des Staatsterrorismus. Guillermo Ungo, der Generalsekretär der sozialdemokratischen MNR bezeichnet das Massaker als einen Akt des Staatsterrorismus gegen das Volk.

Eine Attacke gegen die Tandona, sowie ein Angriff auf den Sitz des Generalstabs war der Ermordung der Gewerkschaftler vorangegangen.

Am 2.11. hielten Tausende vor den Särgen der Ermordeten Totenwache. 5000 Trauernde begleiteten die Toten zum Zentralfriedhof von El Salvador, wo die Menge etwa auf das Doppelte angewachsen war. Delegationen aus der USA, Mexiko, Norwegen und Kanada nahmen solidarisch teil. Ein Protestmarsch zog vom völlig zerstörten Gewerkschaftshaus zur Kathedrale.

Aus der Kaserne der Kriegsmarine wurden zwei Tränengasbomben auf den Trauerzug geworfen. Die Polizei wollte den Weg zum Friedhof abriegeln, mußte aber zurückweichen. Eine Gewerkschafterin wurde während des Begräbniszuges festgenommen und in einem Fahrzeug mit

ebenfalls unter Beschuß genommen: die Kaserne der 1. Infanteriebrigade, die National- und die Finanzpolizei. Polizeistationen im Norden und im Süden der Stadt werden angegriffen, in mehreren Stadtteilen werden Barrikaden errichtet. In der Nähe des Regierungssitzes finden Kämpfe



verspiegelten Scheiben abtransportiert.

Die UNTS hatte zu einem 24-stündigen Generalstreik aufgerufen. Humberto Centeno: "Wir Arbeiter erklären der Regierung den Krieg." Gleichzeitig forderte er den Rücktritt des Leutnants René Emilio Ponce, des Chefs des Generalstabs als Verantwortlichen für das Massaker.

Ein Stadtkommando der FMLN attackierte am selben Tag in El Salvador eine Polizeistation. Radio Venceremos ruft die Bevölkerung zur Selbstverteidigung auf, "denn der Anschlag legitimiert den bewaffneten Kampf."

Die 1. Infanteriebrigade ist auf die Bekämpfung der zivilen Sympathisanten der Befreiungsbewegung spezialisiert; deren Kommandant Elene Fuentes meint, interne Auseinandersetzungen in der FMLN wären an dem Blutbad schuld.

Am 5.11 meldet Radio Venceremos, die FMLN habe 26 Regierungssoldaten getötet oder verwundet. Gleichzeitig wird angekündigt, daß sich eine Delegation der Guerilla mit Vertretern der UNO und der OAS in Washington treffen wolle.

Am 11. November greifen Stadtkommandos der FMLN die Hauptkaserne der Nationalgarde an, wobei 26 Nationalgardisten verletzt werden, darunter ein Major. Weiters werden andere militärische Ziele, die mit der Ermordung der GewerkschafterInnen in Verbindung gebracht werden,

statt, Kommandoeinheiten greifen die Häuser des Staatspräsidenten und des Präsidenten der Nationalversammlung an. Andere Kommandoeinheiten beginnen, die Truppen und Patrouillen, die seit Monaten einen Militärgürtel um die Nationale Universität aufrechterhalten, einzukleinen.

Obwohl die Hauptstadt seit Wochen durchmilitarisiert ist, gelingt es den Stadtkommandos in großer Zahl nach San Salvador einzudringen und ihre Angriffe durchzuführen.

35 verletzte Guerilleros befinden sich in einer Kirche in San Salvador und fordern in Übereinstimmung mit den Genfer Abkommen und den bilateralen Vereinbarungen zwischen FMLN und der Regierung aus dem Jahre 1986 im Ausland medizinische Versorgung zu erhalten.

An den Kämpfen nicht beteiligte ZivilistInnen, sowie JournalistInnen werden von den Soldaten beschossen.

**11./12.11.:**

Am Samstag, dem 11.11. um 20 Uhr begann die FMLN ihre seit Kriegsbeginn größte Offensive. Die erste Angriffswelle richtet sich gegen 20 überwiegend militärische Ziele in der Hauptstadt. In einem Viertel werden Barrikaden aus abgefackelten Autos errichtet.

Die Guerilleros haben ihre Stellung auf Gebäuden und an hohen Punkten der

Stadt bezogen. Die Stadtkommandos haben Mittlerweile an mindestens 50 Punkten der Stadt ihre Angriffe gestartet. Von der FMLN werden schwer verteidigte Positionen des Heeres unter anderem in El Paraiso, Chalatenango angegriffen. Die FMLN kontrolliert bereits große Teile der Hauptverbindungsstraßen im Land. Die aufständischen Radios rufen die Soldaten auf, das Heer zu verlassen und auf der Seite des Volkes zu kämpfen.

An mehreren Überlandstraßen kann die Guerilla die Entsendung von Versorgungstruppen verhindern. In einigen Stadtteilen werden die Rathäuser eingenommen, der Regierungsarmee werden mehr als 400 Tote und Verwundete zugefügt.

Die Hubschrauber werden losgejagt, die mangels erkennbarer Ziele ihre Maschinengewehre und Raketen wahllos über dichtbevölkertem Gebiet abfeuern. Die Stadtkommandos der FMLN tragen keine Uniformen und können daher besonders leicht untertauchen.

Die salvadorianische Luftwaffe hat begonnen, dicht bevölkerte Stadtteile zu bombardieren! Die Regierung hat den Ausnahmezustand und das Kriegsrecht ausgerufen.

Ein Dutzend Panzerfahrzeuge, drei Dutzend Hubschrauber und ein Flugzeug wurden zerstört, zwei Hubschrauber abgeschossen und große Mengen an Waffen erbeutet.

Im ganzen Land gibt es keine elektrische Versorgung mehr, die Wasserversorgung wird schon langsam problematisch. 7 Regierungshubschrauber sind bereits zerstört, die wichtigsten Kasernen werden bedrängt.

Am Nordrand der Hauptstadt wurde eine Art "befreites Gebiet" geschaffen, von dem aus die Guerilla die Aktionen koordiniert.

Über radio venceremos wird ein totaler Transportboykott verhängt. Zusätzlich werden die Tankstellen angewiesen, zu schließen und den Verkauf von Treibstoff einzustellen. Die ElektrizitätsarbeiterInnen werden davor gewarnt, gesprengte Stromleitungen wieder in Stand zu setzen, da der Umkreis der umgestürzten Strommasten vermint ist. "Raus mit den Faschisten! Es lebe Febe Elisabeth!" — Anders als 1981 spricht die FMLN nicht von einer Endoffensive, sondern läßt permanent die Option auf Verhandlungen offen.

Im Norden der Hauptstadt konnten durch Angriffe auf sämtliche Militär- und Polizeiposten dieses Teils der Stadt große Mengen von Waffen erobert werden.

#### 13.11.:

Das Elite-Bataillon Atlacatl, bekannt als schnelle Einsatztruppe, ist eingekesselt. Im ganzen Land werden radio venceremos und radio Farabundo Marti gehört, da alle sonstigen Sender durch die Regierung ausnahmslos gleichgeschaltet wurden und

nichts als beschwichtigende Desinformationen bringen. Seit dem 13. November kommen nordamerikanische Kampfpiloten aus Honduras in der Luftwaffenbasis Ilopango an. Sämtliche nächtlichen Bombenflüge werden von den nordamerikanischen Piloten durchgeführt. Hauptopfer ist die Zivilbevölkerung.

#### 14.11.:

**DAS US-AMERIKANISCHE REPRÄSENTANTENHAUS BILLIGTE NE WEITERE MILITÄRHILFE FÜR DIE FASCHISTISCHE REGIERUNG IN HÖHE VON 85 MILLIONEN DOLLAR.**

#### 15.11.:

Drei Nächte rund zwei Tage nach dem Beginn ihrer bisher größten Offensive hat die FMLN zum totalen Volksaufstand aufgerufen. Die Regierungstruppen konnten keine entscheidenden Positionen zurückerobern. Die Universität von San Salvador wird bombardiert und zerstört.

Die Sowjetunion richtet *an alle Länder* und zusätzlich an die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) einen Aufruf, einen Ausweg im Dialog zu suchen.

Die Stadtkommandos der FMLN dringen von zwei Seiten in das Zentrum der Stadt vor. Die Kaserne El Zapote, in der sich die wichtigste Senderanlage der Armee befindet, ist unter Beschuß.

#### 15.11.:

Der Innenminister und Faschist Merino hat die Bitte des Roten Kreuzes und der Kirche abgewiesen, die Bombardierungen einzustellen, damit die Verletzten geborgen werden können.

Zahlreiche Desertionen finden bereits statt: darunter ist eine Fallschirmspringergruppe, sind Schüler der Nationalgarde, Soldaten der 1. und 6. Brigade.

#### 16.11.:

Zahlreiche Angehörige der Zentralamerikanischen Universität wurden am Morgen umgebracht, zum Großteil Jesuitenpriester: der Rektor, der Vizirektor, ein Soziologe, der Rektor der Zentralamerikanischen Universität von Nicaragua, eine Frauenforscherin und deren Mann, der Sekretär für Internationale Beziehungen der Universität San Salvador, eine Köchin und deren Tochter.

Die Todesschwadronen hatten schon vorher mit Mord gedroht. Das Wohnhaus der Padres wurde von 30 Killern in Uniform gestürmt und mit Gewehrsalven durchsiebt. Drei Personen wurden in den Innenhof verschleppt, wo sie gezielte Todesschüsse erhielten, die ihre Köpfe bis zur Unkenntlichkeit entstellten. Der Rektor der Zentralamerikanischen Universität hatte *über die nationale Radiokette der Streitkräfte* öffentliche Morddrohungen erhalten!

Am 16. wurden weiterhin 12 ausländische Mitarbeiter der Lutheranischen Kirche in El Salvador von der Polizei verhaftet, darunter sind 6 Bundesdeutsche.

Inzwischen sind sie wieder, nachdem sie verhört wurden, freigelassen worden. Aber man befürchtet, daß dies nur der Auftakt zu einem Massaker an den MitarbeiterInnen der Kirchen in El Salvador sein dürfte.

Die Lutheranische Kirche ist bereits öfters Opfer von Bombenanschlägen der Todesschwadronen gewesen.

Bischof Gomez steht auf der Liste der Todesschwadronen zusammen mit dem ermordeten Rektor der Zentralamerikanischen Universität, Ellacuria.

Gomez hat in der BRD-Botschaft Schutz gesucht; es ist anzunehmen, daß die faschistische Regierung, die gesamte politische und kirchliche Opposition mit allen Mitteln vernichten will, so das Kommuniqué von radio venceremos.

Die Bombardierung von San Salvador löst Flüchtlingsströme aus.

#### 17.11.:

Ponce, Mitglied des Oberbefehls der Streitkräfte behauptet, sie hätte die Hauptstadt *nicht* bombardiert. Und nachdem Filme und Photos von dieser Bombardierung veröffentlicht wurden, behauptet er weiter, *die FMLN sei es gewesen*.

Nacht vom 18. zum 19.: Die Kämpfe finden nun in allen Städten des Landes statt. Aus dem ArbeiterInnenbezirk Zacamil in El Salvador hat sich die FMLN zurückgezogen, in der Hoffnung, die Bombardierungen dieses Bezirks würden aufhören. Die Antwort der ARENA-Regierung: Intensivierung der Bombardements und Einsatz von Brandbomben gegen die Zivilbevölkerung. Die anderen Stellungen in der Stadt werden weiterhin gehalten.

Guillermo Ungo und Hector Oqueli von der MNR suchten in der Botschaft von Venezuela Zuflucht, Mitglieder der UNTS in der Botschaft von Mexiko. Die Führer der Parteien der Demokratischen Konvergenz befinden sich in den Botschaften von Venezuela und Mexiko.

Außenminister Baker beschuldigt die UdSSR und Nicaragua der Einmischung. Er bezeichnet die Situation in Zentralamerika als größtes Problem in den Beziehungen zwischen USA und UdSSR. Truppen der USA in Honduras befinden sich im Alarmzustand, die US-Kriegsmarine hat Kriegsschiffe in Richtung salvadorianische Küste in Bewegung gesetzt.

Zusammenfassung: In 8 der 14 Provinzen wurden Orte und Städte zu befreien Gebieten erklärt. Etliche dicht besiedelte Stadtviertel von Salvador sowie andere Städte wurden bombardiert, weiters der Campus der nationalen Universität, ein Slumviertel, die Zone um das Gefängnis Mariona, die Straße nach Chalatenango, die Straße zum Flughafen, Wohnviertel in den Städten San Miguel und San Vicente. Die Armee leugnet den Einsatz von schweren Waffen und spricht von "Munition kleinen Kalibers", sowie von einer "vorsichtigen Vorgangsweise gegen die schutzbedürftige Zivilbevölkerung". Die Zahl der Toten

wurde am 16.11. auf über 600 geschätzt, die der Verletzten auf über 1000.

20. 11.:

Die Regierung hat den Vatikan aufgefordert, einige Bischöfe aus dem Land abzuberufen, "um zu vermeiden, daß sie das gleiche Schicksal erleiden" wie die ermordeten Jesuiten. Generalstaatsanwalt Mauricio Colorado warnte in einem an den Papst gerichteten Schreiben, "große Teile der Öffentlichkeit" seien der Meinung, daß diese Bischöfe die Schuld an den blutigen Kämpfen in El Salvador trügen. Er nennt keine Namen, sondern spricht nur von "Vertretern der Volkskirche".

Erzbischof Arturo Rivera y Damas macht das Militär für das Massaker an den Jesuiten verantwortlich. Der staatliche Rundfunk bezeichnet den Erzbischof sowie Weihbischof Gregorio Rosa Chávez als "Kommunisten"; weitere Morde wurden mit Lautsprechern vor dem erzbischöflichen Palais und aus Kasernen angedroht.

Die FMLN schießt über der drittgrößten Stadt des Landes, San Miguel, ein Kampfflugzeug der Luftwaffe ab, als es Wohnviertel bombardiert. Laut Augenzeugen wurden hierbei Phosphorbomben verwendet.

Insgesamt sind 1000 Menschen ums Leben gekommen, 40.000 haben in Notunterkünften der Kirche und des Roten Kreuzes Zuflucht gefunden. Ein britischer Journalist starb am vergangenen Freitag, als er die Kämpfe im Stadtviertel Mejicanos beobachtete.

Letzten Meldungen zu Folge hat sich die FMLN — um Kräfte zu sammeln — aus San Salvador in ein Gebiet etwa 12 km nördlich der Stadt zurückgezogen. Chalatenango wird schwer bombardiert, ebenso Morazán und San Miguel, und zwar mit 500-Pfund-Bomben.

### Aufruf des Solidaritätskomitees für El Salvador

(Schegargasse 5/10, 1190 Wien)

Liebe Freunde!

Die Ereignisse in El Salvador erfordern rasches Handeln. Auch wenn jetzt über Waffenstillstand verhandelt wird und der FMLN sich aus der Stadt zurückgezogen hat, sind unsere Solidarität und internationaler Druck weiter notwendig, um den Weg zu ernsthaften Verhandlungen frei zu machen. Außerdem, die Todesschwadronen haben sich noch nicht zurückgezogen. Das Leben von Mitgliedern der Volksorganisationen und Kirchen ist weiter in Gefahr!

Bitte, im Interesse des Volks von El Salvador handelt rasch!

Verbreitet den Aufruf, organisiert eine Mahnwache, schickt Telex und Proteste.

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung! Politische Arbeit kostet Geld! Kto. PSK 1321.762 (Stichwörter: Bombenopfer, FMLN oder Komiteearbeit).

## "Wir vertrauen in die Kraft unseres Volkes!"

### Auszüge aus einer Pressekonferenz mit Ricardo Rivera (Sprecher der FMLN in Bonn) am 24.11.89 in Wien.

(Die Aussagen Riveras wurden von uns teilweise verständlicher ausformuliert, das von ihm gesagte wurde aber in keiner Form inhaltlich verändert; TATblatt-Wien.)

...wir haben die Bereitschaft mit politischen Mitteln weiterzukämpfen, der Konflikt wurde jedoch durch die Cristiani-Regierung verschärft, sie führten den Dialog nicht ernsthaft, und schließlich wurden zwei Bomben gelegt; bei einem humanitären Zentrum (1 Toter) und bei einem Gewerkschaftsbüro (10 Tote und 44 Verletzte)...

...schon 48 Stunden nach Beginn der Offensive kam es zu Bombardements der Regierung auf dicht besiedeltes Gebiet, deshalb gab es am 14. November von der FMLN den Aufruf zum Volksaufstand; unsere Offensive kann Verhandlungen erzwingen...

...Die Faschisten im Oberkommando der Armee, und die Faschisten in Cristianis Regierung sollen weg. Wir wollen Verhandlungen mit der Regierung führen, um den Aufbau einer echten Demokratie zu erreichen. Wir können uns ein pluralistisches politisches System vorstellen, von den Christdemokraten bis zur FMLN...

Durch unsere Offensive, auch in San Salvador, versuchen wir die Bevölkerung zu mobilisieren, wollen wir gemeinsam mit den Menschen aus den Armenvierteln kämpfen. Durch die Bombardierungen verfolgt die Regierung eine Politik der verbrannten Erde, das ist politischer Selbst-

mord...sie führen einen Krieg gegen das eigene Volk...

...bei den Kämpfen um das Sheraton-Hotel, drohte US-Präsident Bush mit einer direkten Intervention - zur Verteidigung seiner Mitbürger...im vierten Stock des Hotels waren Bewaffnete aus den USA, Israel, Venezuela und der BRD (Im Westberliner Radiosender "Radio 100", war davon die Rede, daß sich Mitglieder der bundesdeutschen "Anti"-Terror-Einheit GSG 9 im Hotel befanden, von offiziellen Stellen in der BRD, wurde dieser Vorwurf weder bestätigt, noch dementiert; d.Red.)...

...die Waffen bekommt die FMLN zu einem geringen Teil im Kampf gegen die Armee, durch die Contras die alles verkaufen, von den Schuhen bis zum Gewehr, und durch die Armee El Salvadors. Einige hohe Offiziere die direkt Geld bekommen, verkaufen die Waffen dann weiter...wenn die USA Waffen mit neuen Technologien liefern, sind sie 3-4 Wochen später auch in den Händen der Guerilla...

...Die Armee soll von 55.000 auf 12.000 Mann reduziert werden, das ist der Stand von 1980...die Armee soll sich selbst säubern, die Offiziere wissen selbst genau wer die Mörder und Faschisten in der Armee sind...

...wir sind nicht Bolivien und nicht Argentinien, wir wollen ohne Waffen leben, aber wir brauchen welche; wir können und werden nicht vergessen, was passierte...

...unter der Oligarchie ist keine reale Entwicklung möglich, wir brauchen eine Agrarreform, eine Reform des Bildungswesens und des Gesundheitssystems...

...trotz Krieg ist die häufigste Todesursache die Kindersterblichkeit, sie beträgt rund 50 Prozent...das ist das Drama in El Salvador...

...wir können eine Demokratie nach westlichem Muster einführen, sie ist keine Gefahr für uns, wir würden vielleicht 70, 60, oder sogar 80 Prozent der Stimmen bekommen...aber nichts, es stehen die Panzer gegen uns...

...wir sind noch nicht an der Macht, aber wir versuchen schon einige Schritte dazu zu machen...die Basisdemokratie und die Alphabetisierung in den befreiten Gebieten...

...ein komplizierter Krieg, der gegen uns geführt wird, ein komplizierter Plan der USA - sie haben aus Vietnam gelernt - ist total gescheitert...

...mit oder ohne Verhandlungen; wir werden unser Ziel erreichen...

...wir wollen für unsere Kinder eine andere Zukunft, als unser eigenes Leben. Wir sind sicher, das ist kein unerreichbares Ziel...das ist unsere Art von Fanatismus...

...unsere Offensive geht ganz sicher weiter, geht in eine offensivere Phase...

(Freiheit für El Salvador!!!!!!!!!!!!; d.Red.)

## »Wir passen uns der neuen Realität an«

### Gespräch mit Joaquin Villalobos, Verhandlungsleiter der FLMN-Delegation

(APIA/Ralf Leonhard, 20.10.89)

**F:** Der Vorschlag den die FMLN in Mexiko vorgelegt und hier in Costa Rica präzisiert hat, geht nicht über die Erklärung der reformistischen Offiziere nach dem Putsch vor zehn Jahren hinaus. Haben sich diese zehn Jahre Krieg gelohnt?

**JV:** Vor kurzem haben wir die Proklamation der Armee vom 15. Oktober 1979 durchgesehen: die ist tatsächlich radikaler als unser Programm. Das Problem liegt darin, daß von den großen Vorhaben viele nie in Angriff genommen wurden: die Säuberung der Streitkräfte, die Schaffung eines unparteiischen Justizsystems, ja nicht einmal die Agrarreform. Zwischen den Gruppen, die diese programmatischen Punkte auch durchsetzen wollten, und jenen die sich dagegen sträubten, ist dieser Krieg losgebrochen.

Jetzt herrscht eine neue Realität und wir brauchen eine neue Plattform, um eine Mehrheit der Gesellschaft zusammenzubringen. Unser Vorschlag orientiert sich an den realen Möglichkeiten für eine Veränderung zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Wenn wir zum Beispiel Prozesse gegen Offiziere fordern, tragen wir nur zur Einheit der Streitkräfte bei. Wir hatten anfangs einen Plan, wo von Prozessen die Rede war. Aber die von US-Beratern entworfe-

ne Strategie der verbrannten Erde hat hunderte Offiziere in verbrecherische Aktionen verwickelt. Dieser Vorschlag hat zum festeren Zusammenhalt der Armee geführt, da alle sich Sorgen machen mußten.

**F:** Selbst die Forderung nach einer Selbstreinigung wird doch auch jene Offiziere verunsichern, die vielleicht gar nicht betroffen sind, weil ein Präzedenzfall geschaffen wird. Für viele Offiziere ist außerdem der Krieg ein Geschäft. Wie könnt ihr unter diesen Umständen erwarten, daß die Armee nachgibt?

**JV:** Die Säuberung ist ein Prozeß, den sich die Armee im Laufe der Geschichte schon mehrmals selbst verordnet hat. Deswegen haben wir diese Forderung aufgenommen. Es geht um konkrete Interessen innerhalb der Streitkräfte, die mit den Interessen der sogenannten Tandonas zu tun haben, jenem 35. Jahrgang der Militärakademie, der allen anderen die Aufstiegsmöglichkeiten versperrt. Es gibt eine wachsende Anzahl von jüngeren Obersten, die nicht zum Zug kommen. Bald wird es nicht ungewöhnlich sein, daß ein Oberst eine Kompanie kommandiert. (Statt einem Hauptmann oder Leutnant, Anm.)

Es ist doch auffällig, daß es auf unsere Forderung keine hysterische Reaktion gegeben hat. Es wäre doch logisch gewesen, daß Oberst Vargas, der selbst betroffen wäre, gegen den Vorschlag gewettert hätte. Er hat es nicht getan, weil er weiß, daß die jüngeren Jahrgänge finden, daß die Tandonas ihnen die Karriere blockiert. Das öffnet Möglichkeiten für eine Verhandlung.

Ein Gutteil der mittleren Offiziere will sich nicht an Grausamkeiten beteiligen. Viele haben heute eine professionelle Einstellung und daraus ergeben sich Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Streitkräfte.

**F:** Eure Wünsche zur Wirtschaftspolitik sind auch äußerst bescheiden.

**JV:** Wir schlagen keine neuen Reformen vor, weil das zu schwierig durchzusetzen wäre. Deshalb haben wir den Wirtschaftsplan auf zwei Punkte reduziert: Wir verlangen, daß den Campesinos ihr Land nicht

mehr weggenommen wird; und jenen denen es schon weggenommen worden ist, wieder zurückgegeben wird. Zweitens soll ARENA statt eines Wirtschaftsprogramms, das ausschließlich den Interessen der Oligarchie dient, wenigstens eine Politik der Sozialpartnerschaft verfolgen, damit die soziale Spannung etwas abgebaut wird. Sie verlangen von uns in ihrem Waffenstillstandsvorschlag, daß wir für die Regierung Polizei spielen und soziale Kämpfe verhindern, während sie die Probleme schaffen.

Der andere wichtige Punkt ist die Form des Justizsystems. Da war sogar die Reagan-Regierung unserer Ansicht, daß es mit dem Justizapparat nicht so weitergehen kann.

**F:** Hättet ihr nicht mehr erreichen können, wenn ihr Duarte vor zwei Jahren den heutigen Plan angeboten hättet?

**JV:** Duarte hat nicht die Macht repräsentiert. Wir meinen der beste Platz für die Christdemokraten ist die Opposition. Duarte ließ sich auf einen Pakt mit der Armee ein, der ihn viel Substanz gekostet hat. Er wurde tief in die Korruption verwickelt und zum Schluß zerbrach die Partei. Wir hielten es für schwierig, mit jemandem zu verhandeln, der keine wirkliche Macht hat.

**F:** Repräsentiert denn Christiani die Armee?

**JV:** Christiani repräsentiert wirkliche Macht und regiert in einer neuen historischen Situation. Ob er und die Machtgruppe, die er repräsentiert, wollen oder nicht, sie werden früher oder später verhandeln müssen.

**F:** Wie hat sich denn die Regierungsdelegation in den Gesprächen verhalten?

**JV:** Die Armee besteht auf einem Dialog ohne Verhandlungen. Sie will unsere Demobilisierung und dann erst die Diskussion beginnen. Oberst Vargas hat gegenüber der Presse gesagt, daß sich die FMLN zuerst in eine rein politische Kraft verwandeln muß, bevor ihr Vorschlag diskutiert werden kann. In El Salvador wagt es keiner/e, zu den Generälen und Obersten so zu reden, wie wir es tun. Man muß also bewaffnet sein, um mit ihnen reden zu können.

Die Delegationsmitglieder hörten uns zumindest zu. Das Problem ist, daß sie keine Entscheidungskompetenz haben. Wenn wir Druck gemacht hätten, dann hätte es vielleicht ein Abkommen gegeben. Aber dann hätten die Herren vielleicht in Costa Rica bleiben müssen.

**F:** Nach welcher Strategie geht die Regierung in diesen Gesprächen vor?

**JV:** Sie haben auf Dialog ohne Verhandlungen gesetzt und dabei gehofft, daß wir immer schwächer werden. Sie glaubten,

bezahlte Anzeige:

# Kräftig.

## Für den friedlichen Aufbau Nicaraguas.

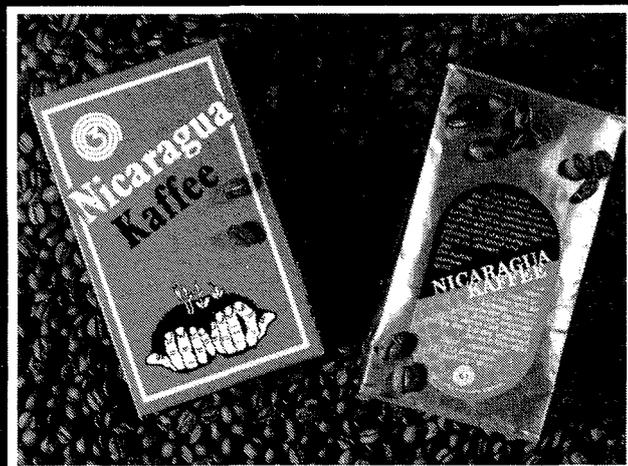


Foto Pausenwein

**EZA Dritte Welt Laden**

Wien VIII, Lerchenfelder Straße 18-24, Telefon 483996  
Mo bis Fr von 10 bis 13 Uhr und 14 bis 18 Uhr, Sa 9 bis 12 Uhr

**EZA Warenlager**

Wien V, Obere Amtshausgasse 38, Tel. 543432

**EZA**

**ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT  
MIT DER DRITTEN WELT**

daß wir unter internationalem Druck Konzessionen machen müßten und sie nicht. Aber der Druck betrifft uns alle. Und das Umfeld der sozialen Polarisierung macht es der Regierung immer schwieriger.

*F: Aber die internationale Konstellation nützt eher der Regierung.*

JV: Ich glaube nicht. Sie wird verhandeln müssen. Das hat sich gestern vor all den internationalen Zeugen und Beobachtern gezeigt. Wir wollten über Politik reden und die Regierungsleute haben sich strikt geweigert. Es hat Momente gegeben, da sahen wir uns nur mehr stumm in die Augen, denn mit dieser Delegation kann man nichts aushandeln.

*F: Worüber ist dann fast drei Tage lang gesprochen worden?*

JV: Am ersten Tag haben wir nach 11 Uhr angefangen. Die erste Etappe war mit der Vorstellung der jeweiligen Plänen ausgefüllt. Am Nachmittag begann die Diskussion um die Tagesordnung. Wir wollten, daß unser Vorschlag zuerst diskutiert würde, weil die Regierung schließlich vier Wochen Zeit gehabt hatte, sich dazu eine Meinung zu bilden, während für uns der Regierungsplan neu war. Am nächsten Tag nahmen wir zu ihrem Vorschlag Stellung und kritisierten ihr Konzept von Einstellung der Feindseligkeiten ohne vorherige politische Abkommen.

Als sie sich darüber beklagten, daß wir zuviel Papier produziert hätten, das sie studieren müssen, brachten wir das Beispiel von Daniel Ortega, der im August in einer einzigen Sitzung von 25 Stunden mit der Opposition eine Unmenge von hochpolitischen Punkten diskutiert hatte. Wir schlugen also vor, daß die Sitzung verlängert werde, bis ein Ergebnis zustande käme. Darauf wollten sie bereits eine Redaktionskommission für das Schlußdokument einsetzen und die Gespräche abbrechen. Wir hatten aber bis dahin noch nichts Inhaltliches diskutiert. Wir beklagten uns, daß wir über Agenturmeldungen und andere öffentliche Kanäle mehr über die Position der Regierung zu unserem Vorschlag erfahren hatten, als von der Delegation selbst.

*F: Wäre es nicht besser, d'Aubuisson hier am Verhandlungstisch zu haben?*

JV: Er repräsentiert die verbohrtesten Großgrundbesitzer. D'Aubuisson und Christiani sind zwei Seiten der selben Medaille. Christiani braucht die Partei und die Partei ist d'Aubuisson. Die Parteibasis setzt sich aus den Kleinbürgern und den Großgrundbesitzern zusammen. Und die werden von d'Aubuisson kontrolliert. D'Aubuisson weiß andererseits, daß er den Platz Christianis nicht einnehmen kann, weil die USA und die internationale Gemeinschaft das nicht akzeptieren würden. Außerdem hat er auch im Lande, außerhalb seiner sozialen Basis nicht das beste Image. Die beiden brauchen einander.

*F: Wie stellt sich die FMLN die zukünftige Armee vor?*

JV: Die Möglichkeit, daß die USA

direkt interveniert, wird immer geringer. Das hat man zuerst in Panama gesehen: Noriega war gefangen, und sie sind nicht eingeschritten. Das bedeutet, daß sich die Möglichkeit verbessert, einen revolutionären Wechsel politisch zu verteidigen. Unter diesen Bedingungen brauchen wir keine Armee. Mit einer großen Armee würden wir den USA nur Vorwände liefern, um

ihre Sicherheit zu fürchten. Außerdem wer soll das bezahlen? Selbst im Falle eines revolutionären Sieges denken wir, daß wir keine große Armee haben werden. Wir wollen nicht einmal die sandinistischen Verteidigungskomitees kopieren: das würde uns auch nur Schwierigkeiten bringen.

**DDR:**

## »...Sozialismus der Demokratie und Freiheit anstreben.«

(Pressemitteilung der "Initiative für eine Vereinigte Linke")

Seit Anfang September 1989 gibt es in der DDR den Versuch, unabhängige Linke und SozialistInnen innerhalb und außerhalb der SED, MarxistInnen und linke ChristInnen, in oppositionellen Gruppen und in zugelassenen Parteien oder anderen Organisationen arbeitende Linke zusammenzuführen, um für Sozialismus in der DDR politisch aktiv zu werden.

Wir müssen feststellen, daß immer mehr Menschen durch die Diskreditierung der sozialistischen Perspektive mit so verlogenen Phrasen wie der einer "entwickelten sozialistischen Gesellschaft" angesichts der krisengeschüttelten DDR sich von dieser Perspektive abzuwenden begannen.

Wir erklären, daß eine sozialistische Zukunft für die DDR durch nichts anderes in Gefahr gebracht wurde und wird, als durch die dem Volk von einer kleinen Führungsschicht der SED mittels ihres riesigen Apparats aufgezwungene Politik. Von der führenden Rolle der SED in unserer Gesellschaft ist nur noch der Artikel 1 der Verfassung übrig geblieben. Wir können und wollen nicht warten, bis der Kampf zwischen großen Teilen der Parteibasis und dem Apparat entschieden ist. Hier fühlen wir uns mit jenen Kräften in der SED verbunden, die wie wir einen Sozialismus der Demokratie und Freiheit anstreben.

Die sozialistische Perspektive auch für die DDR kann nur konkret verwirklicht werden. Diese unsere Gesellschaft muß freier, sozialer, wirtschaftlich insgesamt effizienter und ökologischer werden, als jene real existierende kapitalistische Gesellschaft, der heute noch hunderttausende DDR-BürgerInnen den Vorzug geben.

Wir sind uns darin einig, daß eine Gesellschaft der sozialistischen Demokratie und Freiheit nicht nur eine echte Alternative zum politischen System in Gestalt des "real existierenden Sozialismus" wäre, sondern auch zur Kapitalistische Gesellschaft. Dies bedeutet politischen Kampf gegen die SachwalterInnen beider Herrschaftssysteme.

In diesem Sinne haben seit Anfang Oktober in Berlin Linke verschiedener sozialistischer Tendenz damit begonnen,

Wege für ein Zusammengehen auf der Grundlage

— des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln als die vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung;

— des Ausbaus der Selbstbestimmung der ProduzentInnen in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit;

— der konsequenten Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder;

— der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitgliedes und

— des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft zu suchen.

Das Projekt einer "Vereinigten Linken" strebt den inhaltlichen Konsens in grundsätzlichen politischen Fragen, die konzeptionelle Ausarbeitung von ersten Schritten der sozialistischen Umgestaltung, die gleichberechtigte Diskussion aller sozialistischen Tendenzen, und die gemeinsame politische Arbeit in der Beteiligung im Streit um die Zukunft unseres Landes an. Wir sind uns einig, daß besondere Bedeutung für die Perspektive unseres Landes dem Handeln der Werktätigen, insbesondere jetzt dem der ArbeiterInnen in den Betrieben zukommt. Hier wird es darum gehen, wie schnell über die Wiederherstellung gewerkschaftlicher Interessensvertretung und demokratischer Mitbestimmung hinausgegangen und betriebliche Selbstverwaltung mit ArbeiterInnenräten sowie wirkliche Vergesellschaftung über territoriale Räte und darüber hinaus vorangetrieben wird.

Wir sind uns einig, daß einem möglichen organisatorischen Zusammenschluß der Linken der inhaltliche Prozeß von Konsensbildung und konzeptionellen Streit aller sozialistischen Tendenzen vorauszu- gehen hat. Die Situation in unserem Land erlaubt kein Zögern.

Initiative für eine Vereinigte Linke. Berlin, 10.11.1989

## BRD: Neues Ausländergesetz?

(Arbeiterkampf; TATblatt-Wien)

Wieder einmal soll in der BRD ein neues (Ausländer-)Gesetz verabschiedet werden, das ein "weltoffene und liberale Ausländerpolitik" realisieren soll.

Sieben verschiedene Aufenthaltstitel<sup>1</sup> sollen einen "Zugewinn an Klarheit" (Entwurf) ermöglichen. Fristen wie zB. für die Aufenthaltsberechtigung wurden von fünf auf acht Jahre ausgedehnt. Der geltende Anwerbestopp für Arbeitsimmigranten wird ausdrücklich festgeschrieben; für die als Arbeitnehmer interessanteste Gruppe von 16 bis 21 Jahren hält der Entwurf eine "erleichterte Einbürgerung" und eine "Wiederkehroption" unter bestimmten Bedingungen bereit. Der möglicherweise zu deckende Arbeitskräftebedarf der 90er Jahre wird über befristete Aufenthalte gedeckt, ein sich verfestigender Aufenthalt ausgeschlossen (die "Schweizer Rotation", eines der Hauptanliegen im Programm der "Republikaner").

Im Gegensatz zu Artikel 16,2 Grundgesetz<sup>2</sup> soll es "kein materielles Zufluchts-

recht in das Bundesgebiet" mehr geben. Und auch sonst warten auf Flüchtlinge einige Härten: Für alle AusländerInnen gilt grundsätzlich die Sichtvermerkspflicht, sie können vom Bundesgrenzschutz erkennungsdienstlich behandelt werden und ohne weiteres an der Grenze zurückgewiesen werden, wenn "sonstige Gründe" die "Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen". Erteilung von Visa kann ohne Begründung formlos abgelehnt werden, ohne daß die Möglichkeit auf Widerspruch besteht. Fluggesellschaften etc. werden für polizeiliche Aufgaben (Paß- und Visakontrolle) eingespannt und mit allfälligen Bußgeldern belegt.

Selbst wenn die Flüchtlinge im Land sind, müssen sie sich entweder dem restriktiven Asylrecht mit Arbeitsverbot und Zwangseinweisung in Lager unterwerfen, oder mit einer "Aufenthaltsbefugnis" mit einem permanenten Abschiebungsvorbehalt im Genick leben.

Ausweisungen sind — aus willkürlichen Verdachtsgründen — bereits

möglich, wenn "nicht ausgeräumte Zweifel bestehen, daß sein Aufenthalt dem angegebenen Zweck dient". Deziert sind die "Tatbestände" von Kann-, Regel- und Ist-Ausweisung aufgeführt, mit vagen, politisch leicht handhabbaren Abgrenzungen.

Um wieder einmal den "Arbeiterkampf" im Originalwortlaut zu zitieren: "Der Entwurf muß bekämpft werden, auf daß er wie sein Vorgänger in der Versenkung verschwindet."

Letzten Meldungen zufolge soll die Realisierung des Entwurfs auf die nächste Legislaturperiode des bundesdeutschen Bundestags verschoben werden.

Quelle: Arbeiterkampf Nr. 312 vom 13. November 1989

Fußnoten:

1 Rechtsdeutsch, bzw. JuristInnendeutsch für voneinander abgegrenzte Möglichkeiten, die unterschiedlich behandelt werden.

2 das ist die Verfassung der BRD

### Göttingen (BRD)

## Tod einer Antifaschistin

Im Zuge von Auseinandersetzungen zwischen autonomen AntifaschistInnen und der Polizei wurde am 17. November eine 24jährige Studentin von der Polizei vor einen PKW gestoßen und getötet.

(radio 100; TATblatt-Westberlin; TATblatt-Wien)

Begonnen hat es damit, daß rechtsradikale Skinheads vor einer Kneipe in Göttingen randalierten, was eine Auseinandersetzung mit einer Gruppe autonomer AntifaschistInnen zur Folge hatte. Kurz darauf traf die Polizei ein, nahm von den Skinheads ein paar Personalien auf und verfolgte schließlich die Autonomen. In einer Straße wurden schließlich 20 bis 30 Autonome von der Polizei eingekesselt. Diesen gelang es allerdings, die Sperren zu durchbrechen. Die Flucht führte allerdings geradewegs auf eine stark befahrene Ausfallstraße. Für die Polizei offenbar eine gute Gelegenheit... die Folgen waren grauenhaft:

Eine 24jährige Antifaschistin wurde von Polizisten gezielt vor einen fahrenden PKW gestoßen, von diesem erfaßt und getötet.

In der BRD und in Westberlin kam es in den Tagen darauf zu zahlreichen Demonstrationen, so am 18. November spät abends in Westberlin, an der rund Tausend Leute teilnahmen. Ein dichtes Polizeispalier sorgte für drohende Gebärden, wagte aber schließlich doch nicht, vor all den staunenden DDR-BürgerInnen die Straßenschlacht à la West zu präsentieren.

### Heino: Deutschland, Deutschland — Flamme empor!

(TATblatt-Wien)

Das Deutschlandlied, wieder mit allen drei Strofen, gibt es endlich wieder zu kaufen, freut sich die rechtsradikale »Nationalzeitung«. Der Interpret ist niemand anders als Heino, der in der Schallplatten-Top-Ten der Nationalzeitung auch gleich ganz oben auf Rang 1 steht, gefolgt von vielen anderen, darunter gleich drei weitere male: Heino. Wer sonst?

Faksimile: Nati



Heinos großartiger Einsatz für die Verbreitung des Deutschlandliedes in allen drei Strophen (hier verteilt er seine Produktion an Schulkinder) wurde vor über zehn Jahren zum Polit-Skandal und unterbunden. Die von ihm besungene Schallplatte mit der vollständigen Nationalhymne wurde aus dem Verkehr gezogen. Jetzt aber ist es gelungen, die vielbeachtete „Heino-Version“ des Deutschlandliedes auf den Markt zu bringen. Der beliebte Volksmusik-Interpret singt auf seiner neuen Musikkassette neben dem Lied der Deutschen herrliche vaterländische Lieder, u.a. das „Südwestlied“, „Schlesierlied“, „Ostpreußenlied“, „Flamme empor“. Preis für diese wirklich sensationelle Produktion: DM 22,-.

## Ein Interview und seine Folgen !

Im TATblatt -84 berichteten wir über die Publikation "radikal 1984—1989. Ein Interview". Vor einigen Tagen erreichte uns folgende Presseerklärung der HerausgeberInnen (Edition ID-Archiv im IISG/Amsterdam):

Am 2.11.1989 fand zeitgleich in Berlin und Siegen eine vom BKA (Bundeskriminalamt) inszenierte Durchsuchungsaktion bei der "Aurora Verlagsauslieferung", der Verlagsadresse der "Edition ID-Archiv im IISG" sowie der "Winddruck-Druckerei" statt.

Beschlagnahmt wurden dabei Geschäftsunterlagen zu der Broschüre "radikal 1984—1989. Ein Interview", ein vom ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam schriftlich geführtes Interview mit einigen MacherInnen der seit 5 Jahren illegalisierten Zeitschrift RADIKAL.

In dem Beschluß des Ermittlungsrichters beim OLG (Oberlandesgericht) Stuttgart vom 20.10.1989 wird gegen die RADIKAL Nr.137/Mai 1989 nach Paragraph 129a StGB wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung ermittelt.

Anlaß für die mit rund 30 Staatsschützern durchgeführte Aktion gegen die "Edition ID-Archiv im IISG", der "Wind-

druck-Druckerei" und der "Aurora Verlagsauslieferung" ist, daß die vom ID-Archiv herausgegebene Broschüre zusammen mit einigen Exemplaren der RADIKAL Nr.138 verschickt worden sein soll. Bemerkenswert ist die Schlußfolgerung der Ermittlungsbehörden, daß die Herausgeber des Interviews identisch mit den Verfassern, Herstellern, Vertreibern der RADIKAL sein sollen. Laut Beschluß des OLG Stuttgart liegt die Annahme nahe, "daß über diesen bereits einschlägig bekannt gewordenen Verlag nicht nur die Ausgaben "radikal 1984—1989. Ein Interview" und RADIKAL Nr. 138 vertrieben worden sind, sondern auch frühere RADIKAL Ausgaben, insbesondere die unmittelbar erschienene und hier in Frage stehende Ausgabe Nr.137."

Nach dem gleichen Schema werden der Druckerei sowie der Verlagsauslieferung Mitarbeit an der RADIKAL unterstellt.

Seit 5 Jahren existiert die Zeitschrift RADIKAL trotz staatlicher Verfolgung, anscheinend genügt in diesem Fall die in-

haltliche Auseinandersetzung in der Form eines schriftlichen Interviews über Sinn und Zweck illegaler Zeitungsproduktion, um in den Verdacht zu geraten, an Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift beteiligt zu sein.

Gegen die Broschüre "radikal 1984—1989. Ein Interview" selbst wird nicht ermittelt. Sie ist, in der 3.Auflage, trotz Kriminalisierung und Einschüchterung weiterhin öffentlich in Buchläden erhältlich.

Edition ID-Archiv im IISG/Amsterdam  
(BRD-Adresse für ID Publikationen)  
c/o Aurora  
Knobelsdorffstr. 8  
1000 Berlin 19

Wer sich in Österreich für die Broschüre "radikal 1984—1989. Ein Interview" interessiert - sie ist bei uns im TATblatt Büro (Gumpendorferstr.157/11; 1060 Wien) um 40öS.- erhältlich.

## Die Zeit brennt !

### »Junkie«-Gewerkschaft in der BRD

(TATblatt-Wien; Flugblatt-Text)

In Amsterdam gibt es seit 10 Jahren eine Junkie (Drogenabhängigen)-Gewerkschaft, die von Ex-Junkies für Junkies, als Selbsthilfe für Drogenabhängige vor Polizei und Justiz, aber auch vor staatlichen Drogenentzugsstationen gegründet wurde. Die Gewerkschaft besitzt im Zentrum Amsterdams ein Haus das täglich Nachmittags geöffnet ist und eigentlich allen, Leuten die Interesse haben, offen steht. Sie kämpfen für bessere soziale Bedingungen und gegen den Polizei-Terror, der ziemlich offen gegen Junkies läuft. Das Haus bildet heute eine Art Kommunikationszentrum für DrogenkonsumentInnen und solche Leute, die einen Entzug schon hinter sich haben. In dieser Funktion ist die Gewerkschaft sehr wichtig, da unter den Junkies sehr große Einsamkeit herrscht. Nun gibt es auch eine Junkiegewerkschaft (Junkiebund) in der BRD, die die selben Interessen wie die Leute in Amsterdam verfolgen, nur auf der Situation in der BRD basierend. Das folgende Flugblatt vom Junkiebund zeigt die Situation in der BRD auf.

*"In diesem Land treibt uns ein Gesetz in den Tod!"*

*Es ist das Betäubungsmittelgesetz (BtmG). Es stellt den Handel und Besitz von einigen auf unseren Planeten existierenden Rauschdrogen unter Strafe. Unser Problem ist nun: Genau die verbotenen Stoffe brauchen wir. Denn wir sind suchtkrank. Dies bedeutet ein zwanghaftes Verlangen nach z.B. einem bestimmten Stoff. Das Prinzip dieser Krankheit ist: keine Angst vor sozialen Nachteilen oder strafrechtlicher Verfolgung, nicht Vernunft oder die astronomisch überhöhten Preise, nicht mal die Angst vor AIDS hilft, dieses Verlangen zu unterdrücken oder gar zu überwinden. Seit 1973 mußten mindestens 6000 Menschen sterben, weil sie "einfach aufhören" (wie es so oft empfohlen wird) nicht früh genug schafften. Selbst der direkteste Zwang konnte da nicht helfen. Im Knast, der wohl kontrollierteste Ort, kann man/frau sich problemlos Drogen aller Art kaufen. Die Gegenseite, die Abstinenztherapien, werden dafür von dem gleichen BtmG, welches nicht mal die Gefängnisse "sauber" halten kann, mit ZwangspatientInnen überschwemmt. Seit Einführung der Therapie statt (als) Strafe, §33 BtmG 1982, fällt damit die letzte drogenfreie Enklave aus. Schafft trotzdem jemand neben dem Kampf gegen den eigenen inneren Schweinehund auch die Null-Bock Einstellung der ZwangspatientInnen zu überwinden, gehört er/sie als Ex-Süchtiger zu den Vorbestraften, arbeitsmäßig nicht vermittelbaren*

*kriminellen AußenseiterInnen, womit in den allermeisten Fällen der Rückfall vorprogrammiert ist. Höchstens drei von hundert Abhängigen werden durch das breite staatliche Angebot clean, nur zehn von hundert werden überhaupt erreicht! Jede Aktion auf anderem Gebiet wäre schon lange wegen erwiesener Erfolgslosigkeit eingestellt worden, nur im Drogenbereich werden weiter die alten Verbots- und Zwangsmaßnahmen durchgezogen. Dabei sollen bewußt 90% der Süchtigen weiter im Elend stecken.*

*Wir nun, der Junkiebund, wollen nicht länger schweigend hinnehmen, vom Gesetz her kriminalisiert und in die Hände von Verbrecherorganisationen getrieben zu werden! Wir fordern die gleiche Behandlung, wie sie auch anderen Suchtkranken zuteil wird! Oder muß ein AlkoholikerIn in den Knast, wenn er/sie keine Monate in einer Langzeittherapie zubringen will?*

*Um uns aus dem Elend zu befreien fordern wir die Entkriminalisierung der durch das BtmG verbotenen Stoffe und die Einrichtung von legalen Beschaffungsalternativen. Um die "Nachwuchsjunkies" von der Sucht abzuhalten muß außerdem das Image des/der Drogensüchtigen auf das eines schlichten Suchtkranken reduziert werden.*

*Für die Legalisierung von Drogen und die Entkriminalisierung von Suchtkranken."*

# Liberia wohin?

Liberia hat unlängst mit einer jahrzehntelangen Tradition gebrochen. Mit der Herausgabe einer eigenen Banknote hat das westafrikanische Land einen entscheidenden Schritt — wenngleich noch unklar ist, inwieweit dieser Schritt als Fortschritt zu bewerten ist — im monetären Bereich gemacht. Liberia verfolgte bis dato eine monetäre Politik, die einzigartig in Afrika war: die Banknoten waren US-Dollar, die Münzen liberianische Dollar, mit einer Parität von 1:1. Doch die zwei Währungen divergierten schon seit geraumer Zeit. Die erhebliche Nachfrage nach dem US-Dollar führte dazu, daß die amerikanische Währung nicht mehr im Umlauf ist, während die Liberianischen Münzen auf weniger als die Hälfte ihres Nominalwertes sanken. Der starke Rückgang der Kaufkraft der einheimischen Währung und der Versuch, den US-Dollar durch eine Landeswährung zu ersetzen, sind Ausdruck einer monetären Politik, die lediglich versucht, alten Wein in neue Flaschen zu füllen und die wirtschaftlichen Probleme des Landes auch nicht annähernd einer Lösung zuzuführen vermag.

(Eleonora Windisch)

Seit der Machtübernahme Does im April 1980 lebt der Großteil der Bevölkerung unter dem Existenzminimum. Das Pro-Kopf-Einkommen fiel auf 370 Dollar pro Jahr. Liberias Bruttonationalprodukt sank durchschnittlich um 5,5% pro Jahr seit 1980. Die Auslandsschuld hat die 1,7 Milliarden Dollar Marke erreicht. An eine Rückzahlung der Ausstände ist nicht zu denken, sodaß auch der IMF (Internationale Währungsfonds; Anm Tb) das Land für kreditunwürdig erklärte. Ein Drittel der Kinder unter fünf leidet an Mangelerscheinungen, hervorgerufen durch Unterernährung. Fast 10 Jahre nach den »Reisunruhen« von 1979 — unter der Tolbert-Administration — erlebt Liberia erneut periodisch auftretende Engpässe in der Versorgung mit Reis, die in der Bevölkerung zu

wahren »Reispaniken« ausarten. Lebensmittel zählen zu den wichtigsten Einfuhrgütern und das obwohl an die 80% der LiberianerInnen in der Landwirtschaft tätig sind. Der Großteil der staatlichen Unterstützung fließt jedoch nicht in die ländlichen Betriebe, sondern in die exportorientierte und von ausländischen Konzessionsgesellschaften dominierte Industrie (Bergbau, Kautschukplantagen). Der staatliche Sektor mit seinem aufgeblähten Beamtenapparat, der einen beinahe schon privaten Charakter angenommen hat, kommt hiebei auch nicht zu kurz.

Seit Does Coup verschwanden Millionen Dollar an amerikanischer Hilfe in die Taschen der Machthaber. Die USA sah sich daraufhin gezwungen, den Geldfluß nach Liberia stark einzuschränken und 1988 wurden mit Zustimmung des liberianischen Präsidenten sogar Finanz- und

Wirtschaftsexperten in das hochverschuldete afrikanische Land entsandt. Bereits zu Beginn dieses Jahres — also ein Jahr vor Ablauf des Vertrages! — zogen die amerikanischen Experten unverrichteter Dinge von dannen. Wie lange kann Doe mit seiner korrumbierbaren BeamtenInnenschaft diese wirtschaftliche Gratwanderung — gekennzeichnet durch wirtschaftliche Privilegien, Korruption und eine lasche und ineffiziente Administration — noch weiter führen? Die Wirtschaft ist zu schwach, zu einseitig orientiert, die Opposition zu uneinig, um den vom Militär gestützten Doe von der Macht verdrängen zu können. Für 1991 sind in Liberia Wahlen angesetzt, doch wenn der momentane Trend anhält, ist wohl kaum anzunehmen, daß es sich um freie und faire Wahlen handeln wird.

---

## China: Verfolgungswelle nach dem Massaker

(amnesty international)

Was sich gegenwärtig in der Volksrepublik China abspielt, steht der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung Anfang Juni in nichts nach. Tausende wurden in den vergangenen Wochen und Monaten als »Konterrevolutionäre« festgenommen, bei Verhören geschlagen, für die staatliche Propaganda mißbraucht und zu langen Haftstrafen oder gar zum Tod verurteilt.

Eines muß frau/man der chinesischen Führung lassen: Sie ist konsequent geblieben. Nachdem sie die sogenannte Volksbefreiungsarmee gegen das eigene Volk aufhetzte, den Tod weit über tausend friedlicher DemonstrantInnen in Kauf nahm und die von Studierenden symbolhaft in Peking errichtete Freiheitsstatue niederreißen ließ, wird jetzt jedeR verhaftet, die/der sich in den Augen der Behörden in irgendeiner Weise verdächtig gemacht hat. Die Vergehen, derer die Festgenommenen beschuldigt werden, reichen von »konterrevolutionären Aktivitäten«, Störung des Verkehrs oder der öffentlichen Ordnung und Angriffen auf Soldaten oder Militärfahrzeuge über »Sabotage« bis hin zu Plünderung und Brandstiftung.

Vor dem Zugriff der Sicherheitsbeamten ist so gut wie niemand sicher. Unter den mindestens 4.000 Menschen, die — wohl gemerkt nach offiziellen Angaben — seit Juni verhaftet wurden, sind Studierende, ArbeiterInnen, Bäuerinnen/Bauern und SchülerInnen ebenso wie Angestellte, LehrerInnen, SchriftstellerInnen, Parteikader, KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen. Die Betroffenen werden bei Verhören in der Regel mit elektrischen Schlagstöcken mißhandelt oder von Sicherheitskräften verprügelt. Es sollen dabei bereits Menschen gestorben sein, die von Sicherheitskräften heimlich verscharrt wurden, ohne daß Angehörige von den Vorfällen informiert wurden.

An die ersten Verhöre schließt sich meist eine wochen- bis monatelange Inhaftierung ohne Kontakt zur Außenwelt an. Wird dann ein Gerichtstermin anberaumt, kommt es oft zu einer Verurteilung der/des Inhaftierten im Schnellverfahren. Internationale Rechtsnormen für einen fairen Gerichtsprozeß werden dabei nicht beachtet. So ist nur in den seltensten Fällen die Möglichkeit einer angemessenen Verteidigung gegeben, die/der Angeklagte besitzt nicht das Recht, bis zu einem Schuldspruch als

unschuldig zu gelten, und Strafverteidiger werden, so sie überhaupt an ihre MandantInnen herankommen, manchmal selbst Opfer der Verfolgung.

Eine neue Praxis hat sich in der Volksrepublik im Umgang mit der Todesstrafe breit gemacht. Wurden Hinrichtungen früher als öffentliche Spektakel organisiert, um die »Massen zu erziehen«, ist man inzwischen dazu übergegangen, Todesurteile heimlich zu vollstrecken. Dadurch wird es für Außenstehende sehr schwierig, genaue Zahlen über den Umfang der gegenwärtigen Hinrichtungswelle zu ermitteln.

Es existiert eigens ein Beschluß des Zentralkomitees der chinesischen KP, in dem festgelegt wird, daß Todesurteile nur in ausgewählten Einzelfällen öffentlich vollstreckt werden sollen, um den »Abschreckungswert« dieser Strafform zu bewahren. In allen anderen Fällen habe die Exekution per Genickschuß im Geheimen stattzufinden, heißt es in dem als »Document No. 3« bekanntgewordenen ZK-Beschluß. Die Todesstrafe wird von der chinesischen Führung also bewußt als Mittel der Politik eingesetzt.



## Was bisher geschah

In der Nacht vom 27. auf den 28. September 1989 verübten Mathias N. und eine unbestimmte Anzahl an GesinnungsgenosInnen einen Anschlag auf einen – wie sie es ausdrückten – Schweinekonzern. Durch besonders umsichtiges und vorsichtiges Arbeiten konnten sie allerdings jegliche Spuren vermeiden. Wird es der Polizei dennoch gelingen, ihrer habhaft zu werden? Wird die AktivistInnengruppe in ihrer revolutionären Praxis fortfahren? Und wie wird das alles enden? Steht die Revolution vielleicht gar quasi vor der Tür? Mal sehen!

## Folge 5: Holde Jugend, was bist du doch so weit und fern

Wir schreiben Sonntag, 12. November 1989. Ein erfrischend schöner Herbsttag, etwa 1 1/2 Monate nach dem berühmten Anschlag auf den »Schweinekonzern«.

Es gibt Momente, da denkt Mathias N. gar nicht mehr an jene aufregenden Augenblicke vor, während und nach der Aktion. Und der prozentuelle Anteil jener Momente an der Grundgesamtheit aller Momente eines Tages im Leben des Mathias N. ist in stetigem Anstieg begriffen.

Das Gros der Ängste hat Mathias N. bereits erfolgreich verdrängt und vertrieben, und so scheint heute »die Sonn' ohn' Unterlaß«, wie es dereinst Karl Marx in seinem beliebten Schlager von der »Internationale« ausgedrückt hat.

Mathias nutzt diese Fügung des Wetters zu einem kleinen Fahrradausflug mit Theodor L., genannt »Theo« (24 Jahre, brünett, linksgescheiteltes, bis in den Nacken reichendes Haar, kaufmännischer Angestellter; seit 2 Jahren Mitglied der österreichischen sozialdemokratischen Bewegung SPÖ und stolzer Besitzer einer Gemeindeführung im 20. Wiener Gemeindebezirk).

Theodor L. ist sowas wie ein »alter Freund« des Mathias N. Die beiden haben sich seit schier ewigen Zeiten schon nicht mehr gesehen, was Mathias N. in letzter Zeit bisweilen gar trübsinnig werden ließ. Immer öfter dachte er an die alten Tage zurück. Als sich schließlich das Herannahen jenes wettermäßig überaus einladenden Wochenendes gerade zu einem Zeitpunkt abzeichnete, als Mathias ganz besonders melancholisch war, und schließlich auch Carl Michael B. (50, schütteres, graues Haar, ORF-Wetterredaktor) ungeprübten Sonnenschein versprach, griff Mathias zum Telefonhörer und setzte somit der langen Trennung ein jähes fernmündliches Ende.

Und so können wir nun Mathias N. und Theodor L. zu nachmittäglicher Stunde im Scheine der untergehenden Sonne beob-

achten, wie sie über gemächliche Hügel am Rande des niederösterreichischen Weinviertels mal auf, mal ab, radeln. Schwitzend, ob der ungewohnten Anstrengung. Frierend, ob der klirrenden Kälte.

Besonders die Finger frieren Mathias N. gar bitterlich. Sie fühlen sich an, als ob sie abfallen möchten. Das aber ist auch kein Wunder, denn – wie wir bereits aus Folge 1 wissen – wurden Mathias' Handschuhe nebst anderem Spurenmaterial im Gefolge der Aktion vom 27./28. September umsichtig vernichtet. Die Anschaffung eines neuen Paares hat Mathias seit diesem Zeitpunkt geflissentlich verabsäumt. Zum ehestmöglichen Zeitpunkt wird er das Versäumnis nachholen, gelobt Mathias am Gipfel eines von kalten Herbstwinden umwehten Hügels mit zum Himmel erhobenen Blicken.

Ja, und so radeln die beiden nun eben frohsinnig und frierend umher, bis sich der Tag schließlich zu Ende neigt. Und da Radeln bekanntlich hungrig macht, kehren Mathias N. und Theodor L. schließlich im Gasthof eines Ortes, von welchem sie zu späterer Stunde mit einem Regionalzug die Heimreise gen Wien antreten wollen, ein.

Der Gasthof präsentiert sich überaus einladend und gemütlich. Nicht allzuvielen Gästen tummeln sich in den von der Frohbotschaft des Beinahe-Song-Contest-Siegers Thomas Forstner »Ich singe nur ein Lied« erfüllten Rauchswhaden, hinter welchen sich in einem Hinterzimmer eine Stammtischrunde des örtlichen Kameradschaftsbundes verbirgt, zu dem sich auch ein paar diensthabende Beamte des, aus diesem Grunde derzeit unbesetzten, Gendarmeriepostens gesellten, um die Lage der Nation zu diskutieren.

In der großen, halbleeren Gaststube, unweit von Herrgottswinkel und Fernsehapparat entfernt, haben Mathias N. und Theodor L. Platz genommen und werden auch prompt freundlich bedient.

»Schön war's« lassen die Beiden bei Speis und Trank den inzwischen nun schon fast wieder vergangenen Tag Revue passieren, ehe sie in Gedanken immer weiter zurück in die Vergangenheit schweigen. »Schön war's«, lautet aber auch die Analyse der Erlebnisse all der schönen gemeinsamen Jugendtage, die in den Mittelpunkt der folgenden Gespräche rücken. Der Tage voll Unbeschwertheit und Ungezügtheit, voll revolutionärer Ausgelassenheit. Wie schön war es doch... dieses abendliche Herumstreifen entlang der endlosen Mauern Wiens, im Kopf nichts als den Traum von Liebe und Freiheit, in den Händen nichts als eine Spraydose, und in den Taschen nichts als ein Personalausweis – so für den Fall der Fälle.

Natürlich hatten sie schon auch ein bißchen Angst vor der Polizei, darum haben sie auch gelegentlich Handschuhe verwendet, aber wenn man bloß vor jedem Sprays nach links und rechts schaut, dann kann schon nichts passieren,... dachten sie damals. Und wozu hätten sie auch groß aufpassen sollen, hatten sie doch in den darauffolgenden Tagen ohnehin pausenlos von ihren Heldentaten erzählt,... also zumindestens den engsten FreundInnen, oder sagen wir mal, den Bekannten, zumindestens keinen Fremden halt,.. also der Polizei jedenfalls haben sie's nie verraten, zumindestens nicht so direkt. Nicht gerade klein war dann folglich später mal der Schock, wie sie von GenossInnen erfahren haben, die nur auf Grund von einigen wenigen Indizien, die gegen sie gesprochen haben, für ein paar Monate hinter Gittern verschwunden sind, wegen Sprays.

»A bisserl a Glück gheht halt a dazua!« analysiert Theo. »Naja!« relativiert Mathias, schließlich hat er sich in den letzten Monaten ziemlich ausführlich mit Spurenkunde beschäftigt. Und die Spuren, die sich etwaig ermittelnden BeamInnen nach einer Sprayeri offenbaren, sind oft durchaus vielfältig. Schon die Schrift selbst

ist voller Eigentümlichkeiten und Merkmale. Es bedarf lediglich der Existenz von Vergleichsschriftstücken, und die behördlichen SchriftexpertInnen können darangehen, anhand von minimalsten Übereinstimmungen von Charakteristiken, zu beweisen, daß beide Schriften von ein und der selben Person herrühren. Vergleichsschriftstücke erhält die Polizei entweder dadurch, daß sie Verdächtige zur Anfertigung von Schriftproben einlädt und mit gehörigem Maß an Nachdruck auch dazu anhält, oder — viel unauffälliger —, daß sie sich an ArbeitgeberInnen von Verdächtigen, Arbeitsstellen oder ähnliches wendet.

Einer Überführung aufgrund der Handschrift kann aber — weitgehend — ziemlich einfach vorgebeugt werden, indem sich ganz genau darauf konzentriert wird, nur Blockbuchstaben ohne Schnörkeseiten zu sprühen, ganz genau so wie es in der Volksschule für den Bleistiftgebrauch erlernt wurde.

Weitere Indizien zur Dingfestmachung von SprayerInnen liefern die AktivistInnen auch normalerweise gleich in unmittelbarer Nähe des »Tatortes« mit: Weggeworfenen Spraydosen, mit oder ohne Fingerabdrücken, weggeworfene Wegwerfhandschuhe mit Farbspuren auf der Aussenseite und Fingerabdrücken auf der Innenseite. Anhand von kleinsten Farbspuren läßt sich eindeutig nachweisen, ob die Farbe auf dem Handschuh — oder sonstwo — vom selben Fabrikat, oder selben Charge gar ist oder nicht. Farbspuren, auf Kleidungsstücken, persönlichen Gegenständen oder gar direkt auf — etwa aus Sparsamkeit oder Umweltschutzgründen mit nach Hause genommenen — Spraydosen, sind sicherlich kein hundertprozentiges Beweisstück, aber ein so stichhaltiges Indiz, das mitunter zur rechtskräftigen Verurteilung mehr als ausreicht.

»Geh, jetzt redst scho so paranoid daher, wie die Sandra, damals, oder der Ferdi...« erntet Mathias Unverständnis auf seine Überlegungen.

»Die ham uns ja nedamoi dawischt damals«, fährt Theo fort, »wia ma damals am Christkindlmarkt des Feuer g'legt haben,... mei des war was, des war lustig...«. Theo kann sich vor Lachen kaum mehr halten. Auch Mathias lacht. Er klopft sogar vor lauter Lachen auf den Tisch, aber ein bißchen lieber wär's ihm eigentlich schon, wenn Theo ein bißerl weniger laut reden würde. Doch dieser fährt schallend fort: »Wie i des später — eh erst nach an, zwa Jahren amoi — da Sabine dazöht hab, du, du glaubst ned, ...« Jetzt wird Mathias aber langsam ein klein wenig zornig. Zum Einen kennt er keine Sabine, zum Anderen bringt er wenig Verständnis dafür auf, daß Theo selbiger von besagter Aktion erzählt hat, wengleich erst ein, zwei Jahre später. »So viel hab i eh ned dazählt. Grad, wies halt so war, halt. War ja auch so viel lustig... ma, wie des graucht hat, und auf amoi...« Mathias verliert sich in Gedanken...

Bei alledem, was er so über die Möglichkeiten und Fähigkeiten der Polizei heute so weiß, grenzt es wirklich an ein Wunder, daß sie, Mathias und Theo, niemals erwischt oder ausgeforscht wurden. Das ist so unglaublich, daß es sich Mathias eigentlich gar nicht vorstellen kann, daß die Polizei nichts wisse. »Wahrscheinlich weiß die Polizei vielleicht gar mehr, als sie zu wissen vorgibt«, mutmaßt Mathias, »Ist es ihr vielleicht ganz recht, wenn AktivistInnen im guten Glauben, daß die Polizei eh soo blöd ist, drauflosarbeiten, ohne sich groß rumzusorgen? Ist es ihr vielleicht eh lieber, wenn sie die Leute nicht verhaften braucht — das ist dann immer so anstrengend zu rechtfertigen, und dann die Wickeln mit Solidaritätsgruppen und so —, sondern sie in aller Ruhe beobachten, im Auge und unter Kontrolle behalten kann, und dabei die Möglichkeit hat immer mehr Beweismaterial anzuhäufen, zu welchen später, im richtigen Augenblick bereitwillig zurückgegriffen werden kann? Zu einem Zeitpunkt vielleicht, zu dem es opportuner ist, zuzuschlagen, als jetzt. WelcheR kann bloß einschätzen, was sich die Polizei bei ihrem Tun oder scheinbaren Nichttun so denkt; welche Taktik dahintersteckt.« Auch Mathias kann es nicht. Doch auf alle Fälle findet er es vermessend, sie so irrwitzig zu unterschätzen, wie es bisweilen oft getan wird, wenn man/frau nicht gerade ganz unmittelbar einen Gummiknüppel auf den Schädel bekommt.

»Irgendwie ist das alles komplizierter«, hat sich Mathias irgendwann überlegt und daraus seine Schlüsse gezogen. Fortan handelte er überlegter, was seiner Radikalität aber keinen Abbruch getan hat, ganz im Gegenteil. Denn schließlich kann der revolutionärste Revolutionär nicht so richtig revoltieren, wenn er im Gefängnis sitzen muß.

Irgendwie mischt sich in die melancholischen Erinnerungen an früher auch eine gewisse Mißstimmung. Wenn er damals nicht gar so leichtsinnig gewesen wäre, hätte es die Polizei nicht gar so leicht gehabt, soviel Material über ihn zu sammeln, um sich heute ein relativ zutreffendes Bild von Mathias und seinem Charakter machen zu können. Diesertags hätte sie dazu nicht mehr so viel Gelegenheit. Hoffentlich fallen ihm nicht irgendwann einmal diese »Jugendsünden« auf den Deckel, hofft Mathias, denn das könnte die politische Handlungsfähigkeit der Jetztzeit doch sehr beschränken.

»Huhu«, ruft Theo seinen Freund aus den Gedanken zurück an den Wirtshaus-tisch, »was schaut denn so komisch?« — »Jaja«, antwortet Mathias und bemüht sich, fortan wieder unbeschwert dem Gespräch beizuwohnen; schließlich möchte er endlich einmal all seine Sorgen hinter sich lassen...

Im Zuge des folgenden, nun unbeschwertem, Gespräches fühlt sich Mathias N. einigemale beinahe zu Äußerungen provoziert, die zu unterlassen, er besser

beraten war. Doch wiederholte Anspielungen Theodor L.'s, daß es heutzutage solche Sachen, wie sie sie ihrerzeit getan haben, nicht mehr gibt, machen ihm das Schweigen sehr schwer, kratzen sie doch zu sehr an Mathias N.'s revolutionärem Stolz. Gezählte zweimal ist Mathias knapp davor, ein paar »unverfängliche« Worte über die Aktion vom 27./28. September zu verlieren — bloß: Was ist schon unverfänglich? Zu seinem Glück, unterläßt er es beidemale, obgleich die Bildung klarer Gedanken derzeit spürbar infolge unmäßigen Alkoholenusses beeinträchtigt ist. Zu irgendeinem Zeitpunkt kann er es sich dann aber doch nicht verbeißen, kurz anzumerken, daß er im TATblatt von einer irrsinnig tollen Aktion gelesen habe, die in der Nacht vom 27. auf den 28. September bei irgendsoeinem Schweinekonzern gemacht wurde. Im nächsten Moment hätte sich Mathias am liebsten die Zunge abbeißen wollen, oder vielleicht wäre er auch gerne als Ganzer mit Haut und mit Haar im niederösterreichischen Erdboden versunken, aber, es war zu spät. Als Theo dieser Anspielung auf diese Aktion zu allem Überfluß kaum Beachtung schenkt, geschweige denn, sie enthusiastisch gutheißt, war Mathias knapp daran, in einen mehrminütigen Vortrag über Notwendigkeit und bravouröse Ausführung nebst Begründung der Aktion zu verfallen. Es kostet ihm viel Mühe, sich zu beherrschen (wo er doch für Herrschaftsfreiheit ist). Zumindestens fortan exzessiv zu schmolten, ließ er sich aber nicht nehmen.

Auch Theo sprach immer weniger, und wurde in steigendem Ausmaße von Müdigkeit übermannt.

Gerade als die Beiden die Wirtin zum Zahlen rufen wollten, betritt plötzlich ein eigentümlicher alter Mann mit eigenartigem Antlitz, dunklem Rauschebart und riesigem schwarzen Hut das Lokal. Würde es Mathias N. an jenem politischen Durchblick fehlen, über den er aber zweifellos verfügt, würde er diesen Mann für die Ausgeburt des Bösen, einen Terroristen wie aus dem Bilderbuch, die Reinkarnation des gefürchteten Baader-Meinholds halten.

Der alte Mann trägt einen Bauchladen mit sich herum, auf welchem er Handschuhe(!) feilbietet. Langsamem Schrittes zieht er eine Runde durch das Lokal. Den meisten Gästen dürfte er durchaus kein Unbekannter sein, denn sie winken ihm schon von weitem entgegen, um ihm zu signalisieren, keine Handschuhe zu benötigen. Allein die Augenpaare Mathias N.'s und Theodor L.'s folgen dem Alten interessiert, wie er seine Runden durch das Lokal dreht, dabei aber wohlweislich das Hinterzimmer mit den Kameradschaftsbündlern und den Gendarmen ausspart.

Endlich kommt er auch an den Tisch, auf welchem Mathias und Theo ihn bereits erwartungsvoll erwarten. »Handschuhe? Frische Handschuhe? Warme Handschuhe!« fragt der alte Mann mit zitternder, aber zweifellos nicht unsympathischer

Stimme. Mathias entsinnt sich der Schmerzen, die er vor kurzem erst infolge des Mangels an Handschuhen erleiden mußte und meldet Interesse an, in eine Geschäftsbeziehung einzutreten, worauf sich der alte Mann unverzüglich setzt und darangeht, ein Verkaufsgespräch einzuleiten. Er präsentiert die verschiedenen Modelle, preist ihre Vorzüge, verschweigt ihre Nachteile und beginnt schließlich über Dinge zu reden, die selbst Mathias N. noch in Staunen zu versetzen vermögen:

»Falsch ist die weitverbreitete Ansicht, daß fortschrittliche Zeitgenossen und Zeitgenossinnen, die während ihrer Arbeit Handschuhe tragen, keine auswertbaren Spuren hinterlassen. Das ist nur insofern richtig, als daß damit Fingerabdrücke vermieden werden. Ein Handschuh kann aber an bereits leicht staubigen oder schmutzigen Stellen einen Gewebeabdruck hinterlassen, der oft vom bloßen Auge zu erkennen ist. Derartige Strukturabdrücke ermöglichen Rückschlüsse auf das Material, aus dem die Handschuhe gefertigt sind

(Gummi, Leder, Vinyl, etcetera). Ist ein Handschuh abgenutzt oder beschädigt, so hinterläßt er oft erkenntnisdienlich wertvolle individuelle Merkmale, die bei Vorliegen der gesuchten Handschuhe eine einwandfreie Identifizierung erlauben. Zudem bleiben an jedem Tatort, vor allem an scharfen Kanten eingeschlagenen Glases etcetera, fast immer Materialspuren in Form von Lederpartikel, Fasern etcetera zurück. Umgekehrt können auch an Handschuhen, die bei einer bestimmten Person sichergestellt werden, Materialspuren von einem bestimmten Tatort festgestellt werden. Jede Kriminalpolizei am Erdenrund führt deshalb eine Handschuhspurenkartei. Damit können in günstigen Fällen frühere, nicht aufgeklärte Fälle mit einem neuen in Zusammenhang gebracht und einem bestimmten Täter oder einer bestimmten Täterin zugeordnet werden. Diese Kartei erhält ihre Bedeutung vor allem dadurch, daß viele Facharbeiter und Facharbeiterinnen für ihre Arbeit wiederholt ein und die selben Handschuhe tragen.

Beim An- und Ausziehen bleiben vor allem an den Fingernägeln Reste von Textilfasern oder Lederpartikel aus dem Inneren der Handschuhe hängen. Derartige Mikropuren an Händen von Verdächtigen können beispielsweise mit Vergleichsproben von Handschuhen, die an einem Tatort zurückgelassen oder auf der Flucht fortgeworfen worden sind, verglichen werden.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt die Polizei Gummi- oder Plastikhandschuhen, denn diese können in günstigen Fällen im Inneren Fingerabdrücke aufweisen. Durch gewisse Arten Vinylhandschuhe, sowie auch durch sogenannte chirurgische Handschuhe für die Feinarbeit, können sogar Fingerspuren auf andere Gegenstände übertragen werden, was von der Polizei selbst experimentell nachgewiesen wurde.

Beim An- und Ausziehen werden Handschuhe oft mit ungeschützten Fingern angefaßt. Dadurch lassen sich vor allem hinten beim Einschluß oftmals gut ausgebildete Fingerabdrücke chemisch sichtbar machen....«

Mathias N. kauft schließlich 3 paar Handschuhe für verschiedene Anwendungsbereiche. Theo L schüttelt dazu nur den Kopf und kauft nichts. Der alte Mann verläßt nach der Geschäftsabwicklung den Gasthof auf dem selben Weg, den er gekommen war (nona). Bei der Tür hebt er zum Abschied noch einmal die geballte Faust am linken Arme und ruft Mathias und Theo zu: »Venceremos!«. »Liebe und Kraft!«, antwortet Mathias, »Grüß Gott« sagt Theo und »No Paseran!« meint schließlich auch die Wirtin, hat sie doch eben erst vor fünf Minuten angesichts der anbrechenden Sperrstunde die Wirtshaus-türe abgesperrt. Sie steht allerdings freilich nicht an, jedesmal, wenn irgendeiner das Lokal zu verlassen trachtet, nochmal kurz aufzusperren.

Wird die Polizei (oder die Gendarmerie) jemals Licht ins Dunkel der belebten Vergangenheit des Mathias N. und der Schar all seiner GenossInnen aus vergangenen und heutigen Tagen bringen können? Wird Mathias' Kampf um Befreiung jemals die verdienten Früchte tragen, oder wird unser liebgewonnener Genosse — quasi im Gegenteil — dereinst im Gefängnis landen? Und werden Mathias N. und Theodor L. heute überhaupt noch einen Zug zur Heimreise nach Wien erwischen? Und wird dieser Zug die Möglichkeit zur Mitnahme von Fahrrädern bieten?

Fragen über Fragen, die der Beantwortung harren. Manches wird der geneigten LeserInnengemeinde (tja...) schon in 14 Tagen klarer sein, anderes hingegen wird sie wohl niemals erfahren. Greifen Sie aber sicherheitshalber auch in 2 Wochen wieder zum TATblatt, wenn es wie immer heißt »Hoppala — Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.«

Fortsetzung folgt.



DER EIGENARTIGE HANDSCHUHVERKÄUFER WAR MATHIAS UND SEINEM LIEBEN FREUND THEO AUF DEN ERSTEN BLICK SYMPATHISCH. DOCH IRGENDWIE WAR ER IHNEN AUCH BEKANNT VORGEKOMMEN. BLOSS: WO HABEN SIE IHM SCHON MAL GESEHEN? ÜBERHAUPT HATTEN SIE DEN EINDRUCK, ALS WÄREN LAUTER BEKANNTE GESICHTER UM SIE HERUM. DABEI HABEN SIE SICHER NIX GEKIEFT.

ES WIRD DOCH HEUTZUTAGE NICHT SOGAR AUCH SCHON BEIM CARTOON- ZEICHNEN GEPLADERT WERDEN, WAS NICHT NIET- & NAGELEFFT...

## Termine:

### Linz:

Mittwoch, 29. November;  
17 Uhr

**FMLN- Solidaritätsdemo**  
**Treffpunkt: Schillerpark**

Freitag, 1. Dezember; 20 Uhr  
**Konzert: ALL (USA) / TARGET OF DEMAND**  
Kapu, Kapuzinerstraße 36

### Wien:

Donnerstag, 30. November; 19.30 Uhr  
**Was blieb von der Revolution in Burkina Faso**  
Vortrag mit Richard Langthaler  
ÖOG-Clubsaal, 1, Dominikanerbastei 6/6

Donnerstag, 30. November; 19 Uhr  
**Der glühende Wunsch nach Befreiung**  
**Info, Video, Ausstellungen zu Kuba, Nicaragua, Namibia**  
Musik: Ortiga (Chile), King of Africa  
Haus der Begegnung, 2, Praterstern

Freitag, 1. Dezember; 18.30 Uhr  
Univ. Doz Dr Eleonora Gomberg:  
**Die Rolle der Frauen als Künstlerinnen in der russischen bildenden Kunst nach der Revolution**  
iwk, 9, Berggasse 17/1

Freitag, 1. Dezember; 19 Uhr  
**Premisl Janyr: Eine linke Option — Die neue Entwicklung im Osten und die Sozialdemokratie**  
iwk, 9, Berggasse 17/1

Freitag, 1. Dezember; 19 Uhr  
**Solidaritätsveranstaltung**  
**anlässlich des 2. Jahrestags der Intifada und des Internationalen Tages der Solidarität mit dem palästinensischen Volk**  
Albert Schweitzer-Haus, 9, Schwarzspanierstraße 13

Freitag, 1. Dezember; 19.30 Uhr  
**Mietzinspolitik, Mieterschutz, Mietenspekulationen**  
**Diskussionsveranstaltung mit VertreterInnen von Mieterschutzorganisationen**  
Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Sonntag, 3. Dezember; 10.30 Uhr  
**Mitgliederversammlung des SCI für alle nicht/noch nicht und Mitglieder**  
SCI, 1, Schottengasse 3a/1/4/59, Plenarraum

Montag, 4. Dezember; 19-21 Uhr  
**Frauenbewegung in Kolumbien**  
Vortrag von Ulrike Lunacek  
veranstaltet vom FrauenWeltZentrum  
VHS Hietzing, 13, Hofwiesengasse 48

Montag, 4. Dezember; 20 Uhr  
**GEHEIMNIS REGENWALD — Die Urwälder in Kolumbien, Venezuela und Ecuador vor der Zerstörung**  
Veranstalter: Global 2000  
Biozentrum, HS 1, 9, Althanstraße 14

Dienstag, 5. Dezember;  
10 Uhr

**Prozeß gegen Martin D. wegen "Widerstands gegen die Staatsgewalt" (den soll [hat] Martin in Zusammenhang mit der »Fahrzeugkontrolle« am Demobus bei der 15. Septemberdemo geleistet [haben])**  
Landesgericht, Florianigasse

Dienstag, 5. Dezember  
**UNI-AKTIONSTAG**

Donnerstag, 7. Dezember; 19.30 Uhr  
**AMERLINGHAUSFEST**  
Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Freitag/Samstag 8./9. Dezember; 19 Uhr  
"Filmräume"  
**Veranstaltung zum Thema "Wohnen"**  
KULT-FABRIK, 14, Matznergasse 8  
Wiens neuester Veranstaltungsraum in einer ehemaligen Sargfabrik

### Graz:

Mittwoch, 6. Dezember; 19.30 Uhr  
Mag. Wolfgang Taucher, Caritas  
Flüchtlinge — ein Wirtschaftsfaktor?  
**"Aus der Hölle der Verfolgung ins Asyl-Paradies? — Flüchtling sein in der Steiermark", Teil II**  
Alte Technik, HS VI, Rechbauerstraße 12/P

Mittwoch, 13. Dezember; 19.30 Uhr  
Vertreter d. Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen  
Asylland Steiermark?  
**"Flüchtling sein in der Steiermark", Teil III**  
Alte Technik, HS VI, Rechbauerstraße 12/P

## LeserInnenbriefe:

Liebe Leute!

Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchten wir eine Passage aus unserem LeserInnenbrief, abgedruckt im TATblatt minus-83 klar- bzw. richtig stellen. In unserer ersten Diskussion darüber, wer als politischer Flüchtling gemeint ist, stellten wir uns die Frage, ob Reder und Bartsch tatsächlich typische Fälle von Reaktionären sind. Wir führten die zwei Herren als Negativbeispiele einer - unserer Meinung nach - verfehlten und mißbrauchten Asylpolitik an. Selbstverständlich wissen wir, daß von den beiden Herren keiner in Österreich um politisches Asyl ansuchte, da beide geeichteter österreichischer Abstammung sind.

Reder wurde leider aus der italienischen Haft entlassen und wurde von politischen Größen wie Kreisky bis zum Kardinal König nach Österreich heimgeholt. Bartsch wurde wegen seiner NS-Vergangenheit von den US-Behörden nach Österreich abgeschoben. Beide gelten (in unserer Replik auf eine Stellungnahme der Gruppe ZEBRA zu asylpolitischen Fragen) als Beispiele für Faschisten (oder mit faschistischer Vergangenheit) für die es kein Asylrecht geben darf!

Bekannt sind etwa Fälle von Mitgliedern der faschistischen türkischen Organisation "Graue Wölfe", die in der BRD politisches Asyl erhielten. In Österreich weiß man/frau über Fälle, wo etwa ein ehemaliger persischer Geheimagent legal in Österreich leben darf, oder von der raschen Einbürgerung eines gewissen Herrn Disini, der ein Busenfreund von Marcos gewesen ist. Bekannt ist auch der Fall des Herrn Dr. Sami, seinerzeit 3. Konsul des Schah von Persien in Wien und heute Dolmetscher u.a. bei der Fremdenpolizei. In solchen und ähnlichen Fällen sagen wir ganz klar: Kein Asylrecht!

IGARA

**LeserInnenbrief zu einem Leserbrief im TATblatt minus-82**

Im TATblatt minus-82 ist eine Zuschrift abgedruckt zur Asylfrage und zur Frage der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter, der nicht unwidersprochen bleiben darf. Denn die darin geübte Kritik an tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlern in der Argumentation des ZEBRA-Artikels bzw. der IGARA-

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

**papierTIGER**  
Das andere Papier.

WIEN 1020 Springerg. 1 Tel. 2166305	WIEN 1070 Schottenfeldg. 53 Tel. 964307	GRAZ 8010 Glacisstr. 23 Tel. 832703	LINZ 4020 Waltherstr. 2 Tel. 283420
--	--	--	--

# LeserInnenbriefe

## Fortsetzung von Seite 21

Stellungnahme dient faktisch dazu, selbst ganz arge Sachen unter die Leute zu bringen.

Anstatt ZEBRA auseinanderzusetzen, daß es darum geht, den freien Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylwerber/innen im allgemeinen durchzusetzen (d.h. ganz unabhängig von den Profitinteressen der österreichischen Bourgeoisie), versteigt sich diese Kritik dazu, allein schon die Forderung nach "freiem Zugang zum Arbeitsmarkt" für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter als "deckungsgleich mit der Wirtschaftskammer" zu denunzieren. *Tatsächlich jedoch muß dies eine unverzichtbare Forderung jeder kämpferischen ArbeiterInnenbewegung sein. Wer dies ablehnt, liegt "deckungsgleich" auf der Linie der ÖGB-Bonzen, welche sich für die Beibehaltung der Diskriminierung und Entrechtung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen stark machen, weil dies angeblich im Interesse der inländischen Werktätigen sei.* (1)

Geradezu ungeheuerlich ist der Standpunkt zur Asylfrage. Der Verfasser oder die Verfasserin hält "nicht viel" von einer Demokratisierung der Asylpraxis.

Die Wurzel dieser schon unter jeder Kritik (wenn auch Gegenstand der Kritik) liegenden Ansicht geht aus dem Brief auch klar hervor: Es wird die Gefahr beschworen, daß es Rückschläge in den sozialen Standards, im Lohnniveau usw. gebe, wenn vermehrt Ausländerinnen und Ausländer 'hineingelassen' werden, da sich dadurch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt erhöhe. Als Konsequenz daraus wird befürwortet, daß möglichst keine reingelassen werden sollen, "zumindest heute nicht" (!!). Aber das ist schon das allerletzte, vom bürgerlichen Staat derartige sogenannte Schutzmaßnahmen zur Sicherung der Inländer/innen gutzuheißen oder auch nur zu dulden.

Gegen die nicht erst drohende, sondern bereits vorhandene Spaltung zwischen inländischen und ausländischen Arbeiter/innen und überhaupt gegen die Konkurrenz derjenigen, welche die Ware Arbeitskraft anzubieten haben, hat es von jeher nur ein einziges Mittel gegeben: Die solidarische Organisation und der aktive Kampf dagegen (davon ist im LeserInnen-Brief keinerlei Rede!). Dies ist aber unmöglich ohne unser entschiedenes Eintreten gegen jegliche Diskriminierung und Entrechtung unserer ausländischen Schwestern und Brüder.

Schließlich wird auch noch behauptet: "Menschen, herausgerissen aus ihrer sozialen und kulturellen Umgebung sind weit weniger zu Widerstand (...) fähig; bzw. Wider-

stand ist ihnen auch nicht zu raten, droht doch immer: 'wenn's Dir hier nicht paßt, dann geh doch dorthin, wo Du herkommst'". Das ist völlig falsch. Erstens hat sich immer wieder gezeigt, daß selbst die heute fast völlig entrechteten ausländischen Werktätigen oft viel mutiger und entschlossener im Kampf sind (siehe etwa Ford-Streik 1973, Kämpfe in der Automobilindustrie in Frankreich vor einiger Zeit).

Außerdem ist z.B. der Organisationsgrad in fortschrittlichen und revolutionären Organisationen bei den Leuten aus der Türkei oder Kurdistan in Österreich heute viel höher als der der Inländer/innen. Und gegen die berechtigte Furcht vor Abschiebung kann es nur die Forderung nach Beseitigung der Ausländergesetze, nach völliger Gleichberechtigung geben - und nicht, wie es im Brief zum Teil ausgesprochen, zum Teil nahegelegt wird, die Befürwortung von Restriktion gegen Ausländer/innen.

Die Zuschrift beruft sich dabei auf die "Volksmeinung", daß die Mehrheit heute eher einer "Ausländer-raus"-Politik zustimme. Doch statt zu dem für fortschrittliche Kräfte unumgänglich notwendigen energischen Kampf dagegen aufzurufen, wird im Grunde verlangt, wir sollten uns der von den Herrschenden unter der Bevölkerung geschürten "Sündenbock"-Vorurteile gegen Ausländer/innen anpassen. Ja die Angst vor der Konkurrenz der Ausländer/innen wird sogar für "berechtigt" erklärt. Das ist wirklich schlimmster Populismus, Kapitulation vor den herrschenden Verhältnissen und den ihnen entsprechenden Ideen (=Ideen der Herrschenden).

Der Brief zeigt, wie tief chauvinistische, die Ausländer/innen verächtlich behandelnde Standpunkte auch unter Leuten sitzen, die sich vielleicht sogar als "links" vorstellen. (2) Er zeigt v.a. auch, wie nötig eine gründliche Auseinandersetzung mit diesem Themenkomplex ist, bei dem sich immer ärgeres abspielt und noch ärgeres abzeichnet.

### 1.11.89 Zwei Leute von der IGARA

(1) 1907 fand in Stuttgart ein Internationaler SozialistInnenkongreß statt, der auch eine "Resolution zur Ausländer- und Einwanderungsfrage" angenommen hat. Lenin berichtet in einem Artikel darüber, daß es dort notwendig gewesen ist, gegen Leute aufzutreten, welche versuchten, "zünftlerisch beschränkte Anschauungen zu verfechten, ein Verbot der Einwanderung von Arbeitern aus den rückständigen Ländern (Kulis aus China usw.) durchzubringen. Das ist derselbe Geist des Aristokratismus unter den Proletariern einiger 'zivilisierter' Länder, die aus ihrer pri-

vilegierten Lage gewisse Vorteile ziehen und daher geneigt sind, die Forderungen internationaler Klassensolidarität zu vergessen."

(Lenin, Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart, Werke Bd.13, S.71, 1907)

(2) Die IGARA hat vor einiger Zeit ausführlich eine Debatte über eine schriftliche Kritik an ihrem Flugblatt gegen die "Ausländer-raus"-Politik geführt. Diese Kritik ging in eine ähnliche Richtung wie diese Zuschrift ans TATblatt. Die Materialien sind bei der IGARA erhältlich.

### LeserInnenbrief

Seit Erscheinen des TATblattes lese ich es regelmäßig. Ich habe auch ein ABO. Ich finde diese Zeitung eine echte Bereicherung. Ihr schreibt vieles., was ich sonst nicht erfahren würde. Es ist ein echter Informationsgewinn. Auch die Schreibweise mit großem I, männl., weibl. Formen finde ich sehr sehr gut. Umso konsequenter, umso besser. Denken beeinflusst Sprache, Sprache beeinflusst Denken.

Im TATblatt minus 82 schreibt Ihr auf S.9 unter dem Titel "Demo gegen den blutigen Terror in Kosovo" u.a.: "... sind ca 200 AlbanerInnen von Polizei und Militär erschossen worden (unter ihnen auch Kinder und Frauen)." Das "Kinder und Frauen" stört mich sehr. In vielen Berichten steht immer wieder sogar Frauen und Kinder. Und wenn keine Frauen und Kinder erschossen werden, sondern "nur" Männer, ist es dann nicht so arg. Wieso reiht Ihr Euch unbewußt in diesen Sprachgebrauch ein?

Ich finde es menschenverachtend, wenn Menschen sterben müssen, erschossen werden, gefoltert werden, verhungern etc. Zu unterscheiden zwischen Kinder und Frauen einerseits, Männer andererseits finde ich zynisch. Vielleicht schreibt Ihr sonst "100 Frauen und Kinder sind erschossen worden aber nur 100 Männer".

In der Hoffnung, daß Ihr meine Kritik teilt,

mit kämpferischen Grüßen  
Petra

PS.: Für alle, die es noch nicht wissen. Ich bin männl., Transvestit, daher Petra,...

*Liebe Petra, über genau die selben 3 Wörter bin ich beim Korrekturlesen ebenfalls gestolpert. Doch handelte es sich um ein Flugblatt, und irgendwie wollten wir das nicht verfälschen ... aber, ich glaube, in Zukunft werden wir das (in solchen Fällen) doch ändern — im Sinne der Gleichbehandlung. Die Korrekturleserin von damals.*

bezahlte Anzeige:

# NATÜRLICH.



Naturkost Spittelberg, Bersto-Produkte, Spittelberggasse 24,  
1070 Wien, Tel. 0222/93 61 92, Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 9.00-12.00.  
MITGLIED DER IG-NATURKOST

# Betrifft: TATblatt

Tja, nun also sind wir in unserem neuen Büro. Wie erwartet, und auch schon mehrfach angekündigt, ist nun alles, also immerhin ziemlich vieles anders geworden. Bloß das mit dem *leiwander* ist vielleicht ein bißchen relativ. Denn wenn alles neu ist, dann raubt das halt schon ein bißchen die Utopie, daß alles besser wird, wenn erst mal alles neu ist. Auf alle Fälle hat das alles ganz schön viel Geld gekostet (natürlich haben wir viele Sachen mitunter haarstrebend billig, ja kostenlos erstehen können, aber halt auch nur dann, wenn sie nicht allzu groß und unhandlich waren). Und ebendieses Geld, das wir bezahlen mußten, wollen wir jetzt wieder hereinbekommen. Das meiste wurde inzwischen von uns selbst vorgestreckt, doch da wir auch von irgendwas leben müssen (daß wir mit der TATblatt-Arbeit nichts verdienen, ist eh klar, aber daß sie uns so viel kostet, ist ein bißchen untragbar...), müssen wir das jetzt irgendwie zurückbekommen. Zum Einen haben wir da – wie immer an Spenden, Förderabos, etc gedacht, und ein gewisses Ansteigen derselben war in den letzten Tagen ganz spürbar auf unserem Konto zu spüren. (Danke, auf diesem Weg!) Ansonsten ist uns aber auch klar, daß das nicht alles sein kann, weshalb es auch sonst einige Ansätze gibt:

ZB startet diesertag eine 2. große TATblatt-Werbekampagne mit Verspätung, PicklerIn, Plakaten usw, wobei der Schwerpunkt auf PicklerIn liegen soll, die ziemlich leicht und aufwandsarm ziemlich weitgestreut ziemlich massiv dazu beitragen können, das TATblatt ziemlich bekannt zu machen.

Wenn das TATblatt schließlich bekannt ist, muß es natürlich auch die Möglichkeit geben, es käuflich zu erstehen. Und zu diesem Behufe soll der Handverkauf ausgebaut werden (wozu wir natürlich nach wie vor Leute suchen, die sich jeden zweiten Montag das TATblatt im Wiener TATblatt-Büro zum Zwecke des Wiederverkaufs abholen könnten; und zwar immer an jenen Montagen vor dem offiziellen Erscheinungstermin, irgendwann zwischen 16 und 20 Uhr. In zirka 90% aller Fälle ist dann das TATblatt abholbar.

Des weiteren soll es schon bald TATblatt-Selbstbedienungsstände geben, zB an belebten, von »Linken« bisweilen oft heimge-

suchten Plätzen, wo andere Formen von Verkauf aber aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sind.

Zum Ausbau des Handverkaufturns einerseits, den Aufbau einer richtigen Vertriebsstruktur für »alternative« Zeitungen andererseits überhaupt, gibt es derzeit auch ganz konkrete Pläne, die wir derzeit zusammen mit AN.SCHLÄGE, AKIN, DIE LINKE, Z'AM, MONATSZEITUNG, WIENER TAGEBUCH, FRAUENSOLIDARITÄT, AUF, etc, schmieden. Ins Haus steht VAZ, der Verein Alternativer Zeitungen, der ein dichtes Netz von Wiederverkaufsstellen beliefern soll, und für HandverkäuferInnen die Perspektive viel größeren (also endlich einmal wirklich relevanten) Verdienstes (finanziell gesehen) eröffnen soll. Wenn das konkret wird, werden wir darüber berichten.

Zurück zum TATblatt:

Mit Vollendung der (meisten) Adaptierungsarbeiten im neuen Büro wollen wir nun endlich auch die lange hintangehaltene inhaltliche Aufbauarbeit mit verstärktem Nachdruck verbessern. Wir wollen ein breiteres Spektrum an Informationen ins TATblatt reinbringen, weshalb wir in nächster Zeit versuchen wollen, endlich verstärkt Kontakte mit BürgerInneninitiativen zu knüpfen. Des weiteren soll auch der Anteil an aktuellen, wenngleich auch kurzen Meldungen (sogenannten Kurzmeldungen, also) steigen, um so mehr Überblick über das, was so los ist, zu ermöglichen. Die Umsetzung ist noch nicht ganz geklärt, aber personell gesehen geht es uns derzeit gar nicht so schlecht, sodaß es ganz realistisch aussieht, daß wir ein gehöriges Maß an Vorstellungen auch verwirklichen können werden.

In einem als österreichweiten TATblatt-Gruppen-Treffen gedachten Treffen zwischen TATblatt-Wien und TATblatt-Graz wurde auch eine neue verbesserte Form der Zusammenarbeit vereinbart. Eine Zusammenarbeit, die es in letzter Zeit u.a. infolge einer Krise der Grazer Gruppe nicht gegeben hat. Da die Krisenüberwindung aber unmittelbar ins Haus steht, wird es alle vierzehn Tage gleichzeitige Redaktionssitzungen in Wien und Graz geben, wo wir uns fernmündlich zusammenreden wollen (Stapo aufgepaßt! Ein Pflichttermin: jeden zweiten Donnerstag um 20.15 im Telefon-Hauptabendprogramm). Ansonsten wird es so etwas wie eine Regionalgruppenautonomie geben, also wenn Tb-Graz beschließt, daß dies oder jenes ins TATblatt kommen soll, dann müssen wir es in Wien, wo die Zeitung layoutiert wird, auch reintun. Falls wir irgendwann – wieder unser Erwarten natürlich, also das könnt ich mir nämlich nicht vorstellen, – uns die GrazerInnen nur Scheiße hineindrücken wollen, dann müßte überhaupt nachgedacht werden, ob ein gemeinsames Zeitungsprojekt möglich ist. Aber nur »Herumkorrigieren« gibt's nicht. Was von Tb-Graz kommt, kommt authentisch und auf alle

Fälle. Von Linz war leider keineR da, aber es war ja schließlich nicht das letzte Österreich-Treffen des TATblatts. Falls du übrigens Lust hast, ebenfalls eine TATblatt-Regionalgruppe irgendwo auf dieser Welt aufzuziehen, so tu dies bitte, und lasse uns doch bitte auch davon wissen.

Auf Vertriebebene hat es da in letzter Zeit ein paar tolle Initiativen gegeben, von Leuten, die in ihrer Gegend das TATblatt unter die Leute bringen wollen...

Daß uns zu einigen Vorgängen auf dieser Welt mitunter einige Informationen fehlen trifft aber nicht nur auf die österreichische Widerstands-Szene zu (Der Tb-Übertitel »Nachrichten aus dem Widerstand« ist mit dem Tb-Ö-Treffen jetzt übrigens wegen des Verdachts des Protzens, ohne zu wissen, was wir damit sagen wollen u.a. gestrichen worden. Die interministische Lösung »Alles über das Böse auf der Welt« wurde auch nicht gerade begeistert aufgenommen, weshalb wir uns entschlossen haben, unseren Zeitungsübertitel [der ja eigentlich Information über die inhaltliche Ausrichtung der Zeitung geben sollte, hätte ich mir gedacht] alle 14 Tage zu ändern, bis uns nichts mehr einfällt. Ideen bitte an das Kollektiv.)

Wo war ich stehengeblieben?

Also, daß uns Informationen fehlen, trifft nicht nur auf Österreich zu, nein, das ist quasi ein globales Problem (lediglich bezüglich Afrika gilt es eine vorbildliche Zusammenarbeit mit Leuten die sich auskennen, ZAST nämlich, die uns laufend mit fertigen Artikeln versorgen. Sowas würden wir uns für den Rest der Welt auch wünschen.

Fehlen tut in diesem TATblatt wie immer natürlich auch wieder einiges, zB das Attentat auf die HB-Abgeordneten in Madrid. Nicht nur, daß wir keine Informationen haben, wissen wir auch überhaupt nicht, wie wir das einschätzen sollen. Aus der DDR bekommen wir auch nur entweder widersprüchliches Material, oder ganz spezielles, mit dem wir dann auch nur wenig anfangen können. CSSR gar nix; Schlußfolgerung: Es gibt Momente, da sind wir irgendwie überfordert.

Im übrigen soll ich ausrichten, daß der im letzten TATblatt angekündigte Artikel über die FPÖ natürlich nicht gekommen ist. (Merke: Traue keiner Ankündigung einer Fortsetzung oder so was ähnlichem im TATblatt; des haut nieeeee hin)

Nundenn möchte ich trotzdem zu einem Ende kommen, wünsche noch viel Liebe und Spaß und verbleibe mit kleinformig-revolutionären Grüßen, Bussis und Winkwinke:

**Einer vom TATblatt-Kollektiv**

P.S.: Der- oder diejenige, die oder der welcheR am Freitag, 24. November 1989 in der Zeit von ca 2.00 Uhr bis ca 10.00 Uhr morgens am Klo war, nachher aber den Schlüssel nicht mehr zurückgehängt hat, sondern vielmehr nach Hause mitgenommen hat, soll ihn bitte tunlichst und ehebaldigst zurückbringen. Ich muß nämlich schon wieder ganz dringend, will aber nicht jedesmal zur Stadtbahnstation überrennen, oder sonst was. Falls die Zeitung diesmal zu spät rausgekommen ist, liegt das zu einem großen Teil übrigens auch daran, weil ich nicht über Nacht layoutieren konnte, weil da die Stadtbahn samt Klo zugesperrt ist. Weil's war ist!

## Mag G. Zander – doch kein Säufer?

In einem Artikel der TATblatt-Nummer Minus 80 (17/89 vom 31. Oktober 1989) wurde auf Seite 4 über eine Veranstaltung am 25. Oktober 1989 berichtet.

Dazu begehrt Dr. Manfred Matzka vom TATblatt folgende

## ENTGEGNUNG:

Die Zitatswiedergabe: "Matzka: ja, das glaube ich gern, aber ..." ist unrichtig. Eine sei es auch nur indirekte Aussage über Mag. Gerd Zander wurde von mir in dieser Diskussion nicht gemacht.

Mit besten Grüßen  
Manfred Matzka

# TATblatt

NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten, die derzeit alle vierzehn Tage erscheint.

Das TATblatt versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schick uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen – um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten. – werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

## TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz und Linz:

### TATblatt-Wien:

NEUE ADRESSE:

1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11  
Telefon (ab voraussichtlich Ende November): (0222) 57 49 543

### TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr

### TATblatt-Café:

jeden Montag um 16Uhr

die ideale Möglichkeit in ungezwungenem Gespräch das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)

### TATblatt-Graz:

Treffen jeden ersten Donnerstag nach Erscheinen um 19 Uhr  
Infos: Telefon (0316) 83 57 79

### TATblatt-Linz:

Treffen: jeden 1.Mittwoch im Monat um 17 Uhr

Andreas Hofer Stüberl; Andreas Hoferplatz 3; 4020 Linz

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

# An:

**Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!**

### Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:  
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt

1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11  
Telefon: (0222) 57 49 543 (ab Dez 1989)  
Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212  
DVR Nr: 0558371  
Druck: Eigendruck

## Das TATblatt im Abo

Ein TATblatt-Abonnement kostet innerhalb Österreichs S 96. – für zehn Ausgaben, oder S 190. – für zwanzig Ausgaben. Ein Auslandsabo kostet S 150. – (10 Ausgaben) bzw S 300. – (20 Ausgaben).

Die Abos gibt's nur gegen Vorauszahlung! Also einfach Erlagschein ausfüllen und einzahlen. Sobald das Geld bei uns ist, beginnt das Abo zu laufen.

Außerdem gibt es auch die Möglichkeit eines Förderabos: Du bestimmst selbst, wieviel du zahlen möchtest (mindestens na-

türlich S 97. – für zehn respektive S 191. – für zwanzig Ausgaben, im Ausland mindestens S 151. – bzw S 301. – ... eh klar, oder?).

Am Besten die Erlagscheinvordrucke, wie sie jedem TATblatt beiliegen, wenn sie nicht herausgefallen sind, verwenden. Ansonsten bitte wie folgt ausfüllen:

Konto: P.S.K. 7547 212; Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; Verwendungszweck: Abo (Förderabo) für ...Nummern; usw...

## Mitgliedschaft

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1. – pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30. – Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfa-

chen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

## Einzelverkaufsstellen

### Wien:

#### Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleebblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kolingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

#### diverse Läden:

- VKA (6, Stiegengasse 20)
- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Straße 18-24)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozzigasse 38)
- Natürlich Naturkost (9, Marktgasse 21)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

#### Beislin:

- TU-Club (4, Paniglgasse 1) VORÜBERGEHEND ABGEBRANNT
- Rotstilzchen (5, Margareienstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)

- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- KOMM24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24; täglich 14 bis 17 Uhr)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H./Stadtteilzentrum Ottakring (16, Bachgasse 21)

#### außerdem:

- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schottengasse 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller; geöffnet nur Di & Do 17-21 Uhr, Mi 15-19 Uhr)

### Graz:

- Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn. Fachbuchhandlung SPECTRUM (Schörgelgasse 9)

### Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Bad-Café (Badgasse 7)

### Schwertberg:

- Kulturverein Kanal (Schwertberg, Josef-tal 21)